

Danziger Wirtschafts- Zeitung



Nr. 15 1. August 1941



MARIENBURG
Marienburg mit Abstimmungssäule

*Der Osten ist deutsch
und wird es immer bleiben!*

In jahrhundertelanger, mühsamer Arbeit entstanden Städte und Dörfer dieses Gebietes. Sie zeugen jetzt und in allen Zeiten von alter deutscher Kultur, von freudigem Opfermut. Mit Begeisterung erfüllt jeden Beschauer das besondere Bauen im Osten. Es bannt immer und immer wieder den Blick, weil das Antlitz der Städte und das Bild der Dörfer deutsch im wahrsten Sinne des Wortes ist. Das neue, das junge Deutschland baut an diese alte gute Tradition des Ostens anknüpfend seine Zukunft. Im Vertrauen auf ihre eigene Kraft und Stärke schaffen und werken die deutschen Menschen im Ostraum und erfüllen somit ihre Pflicht. Man muß sie kennen und verstehen lernen, um sich von Vorurteilen zu befreien. In Wort und Bild schildert »Der Deutsche im Osten« — diese Monatsschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung — den Menschen dieser Landschaft so wie er ist: unerschütterlich und treu zu seiner Scholle haltend, selber in Zeiten der Not und Drangsal nie vergessend, Deutscher zu sein.

Lesen Sie die Monatsschrift »Der Deutsche im Osten« regelmäßig, sie wird Ihnen Aufklärung und Belehrung bringen.

Bezugspreis vierteljährlich RM 3.50 zuzügl. Postgebühren.

Einzelheft RM 1.50

»Der Deutsche im Osten«

im Verlag

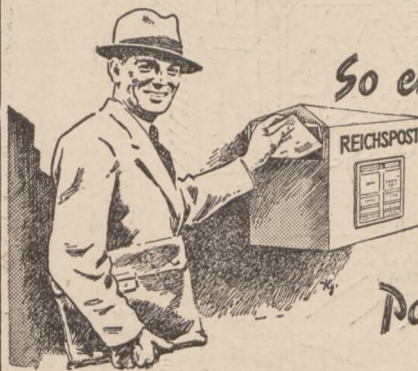
»Der Danziger Vorposten« GmbH., Danzig, Elisabethkirchenstraße 11/12

Inhalt der Nr. 15

	Seite
Das grundsätzliche Problem	369
Zeitfragen: Muß Europa hungern?; Der Verfall der britischen Kohlenmacht; Die Sozialgenossenschaften	371
Roosevelts falsche Rechnung	373
Litauische Gebiete	374
Nachbarschaft zur Ostsee	376
Betriebsprüfungen	378
Ostseehandel:	
Schweden: Rüstungsindustrie auf vollen Touren;	
Norwegen: 1 Mill. t Fische im Jahr;	
Finnland: Die Finanzierung des Krieges;	
Sowjetunion: Frühere Handelsflotte der UdSSR.	380
Aus der Praxis des Kaufmanns: Das Büro wird rationalisiert	382
Sozialdienst der DWZ: Der Betrieb und seine Gefolgschafter	384
Die Leipziger Messe und der Reichsgau Danzig-Westpreußen	385
Handelsregister	386
DWZ-Schaubild: Welterzeugung an Kunstseide und Zellwolle	388
Kurzmeldungen: Deutsche Ostmesse; Textilindustrie im Warthegau; Buchbesprechungen	388
Wirtschaft und Steuer: Kinderbeihilfe; Vermögensteuerveranlagung im Osten; Lohnsteuer und Bürgersteuer der ausländischen Arbeitnehmer; Umsatzsteuer im Verhältnis zu den besetzten niederländischen Gebieten; Steuerkalender für August	389



DEUTSCHE REICHSPOST
POSTSCHECKDIENST



*So einfach sind die
Zahlungen
im
Postscheckwege!*

Alle Zahlungen für Rechnungen, Miete, Steuern, Beiträge und andere Verpflichtungen erledigen Sie bequem vom Schreibtisch aus. Der **Postscheck** oder die **unbare und gebührenfreie Überweisung** von Konto zu Konto wird ausgefüllt und im besonderen Postscheckbriefumschlag in den nächsten Briefkasten geworfen. Wer die Bequemlichkeiten des Postscheckdienstes kennt, wird sie nicht mehr missen wollen.

Merkblätter mit allen näheren Angaben sind bei jedem Postamt erhältlich.

Deutsche Industriebank

Aktienkapital und Reserven RM 615 Millionen

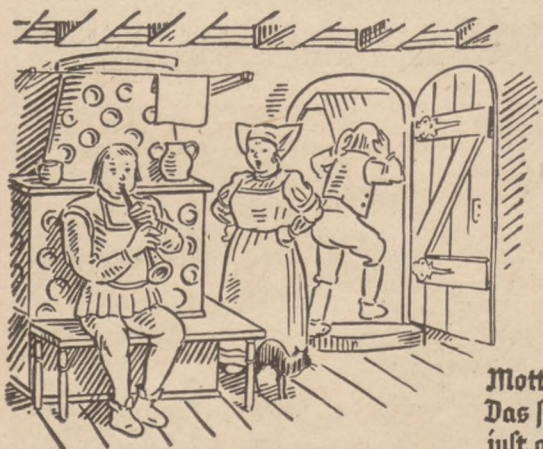
Berlin C 2 · Schinkelplatz 3-4

Lang- und mittelfristige Kredite
an Industrie, Handel und Handwerk

Unser Geschäftsbericht für das
Jahr 1940/41 ist erschienen und
wird auf Wunsch gern zugestellt

Danzig · Hundegasse 65

Fernruf: 238 91



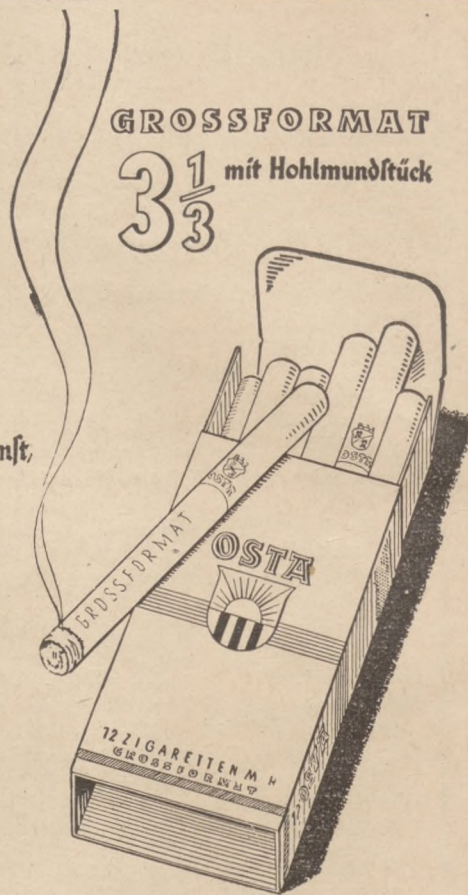
Motto:
Das schönst gespiel findt wenig gunst,
jußt aufzuhören ist auch ein kunst.

Mit dem Rauchen ist es ähnlich,
zumal für den, der schon so richtig
an die gute »OSTA« — die Ziga-
rette mit dem praktischen hohl-
mundstück — gewöhnt ist. Wer
die »OSTA« kennt, weiß wie gut

sie schmeckt und wie schwer es
deshalb auch ist, nicht eine an der
anderen anzuzünden. Ein Gutes hat
aber so eine Zigaretten-Pause doch: je
länger sie dauert, desto größer ist die
Vorfreude auf die nächste »OSTA«.

Im Osten raucht man die

OSTA



Ruhtenberg-Raulino & Co., Rauchtabak-, Zigaretten- und Zigarrenfabrik, Litzmannstadt

DEUTSCHE BANK

Hauptsitz Berlin • 489 Geschäftsstellen

Finanzierung

von

Ein- und Ausfuhrgeschäften

Filiale Danzig

Danzig, Langermarkt 19

Weitere Geschäftsstellen im Reichsgau Danzig-Westpreußen:
Elbing, Gotenhafen, Langfuhr, Tiegenhof, Zoppot

Bereitwillige Auskunftserteilung in devisentechnischen Fragen im Kapital-, Reise- und Warenverkehr

Danziger Wirtschaftszeitung

21. Jahrgang

Danzig, 1. August 1941

15

Herausgeber: Wirtschaftskammer und Industrie- und Handelskammer Danzig-Westpreußen

Das grundsätzliche Problem

In der letzten Zeit hat eine Diskussion in der Öffentlichkeit begonnen, die um das Thema „Unternehmer, Privatinitiative, wirtschaftliche Selbstverwaltung“ kreist. Es ist ein beachtliches Zeichen für die Unverwundlichkeit des deutschen Gemüts, wenn angesichts der Konzentration der Kräfte auf die Erringung des Sieges noch Raum und Zeit für derartige Gespräche bleiben. Allerdings liegen auch gewichtige Gründe genug vor, diese wirtschaftspolitischen Fragen über kurz oder lang zu klären. Der Krieg entscheidet auf Jahrhunderte hinaus über die gültigen Formen des Gemeinschaftslebens. Das liberalistische System hat abgewirtschaftet, das bolschewistische System liegt in den letzten Zuckungen, die Neuordnung Europas unter nationalsozialistischer Führung ist eingeleitet. Der deutsche Volkskörper dehnt und streckt sich, läßt die Staatsgrenzen sich ausweiten. Der Wille zur gerechten Ordnung der zwischenvölkischen Beziehungen beherrscht die Außenpolitik, die Verankerung eines neuen Ethos in der Wirtschaft ist die natürliche Folgeerscheinung dieser Vorgänge, deren Forderungen heute an jeden Deutschen gestellt sind. So ist es erfreulich zu sehen, wie die Wirtschaft aus eigener Selbstverantwortung sich bemüht, dem Zug der Zeit zu folgen, und wie der Staat als der souveräne Gestalter sämtlicher völkischen Lebensäußerungen der Wirtschaft nicht einfach Befehle erteilt, sondern ihr Zeit läßt, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen.

Als Kardinalfrage der wirtschaftspolitischen Diskussion der jüngsten Wochen schält sich immer stärker die Frage nach der Unternehmerinitiative heraus. Wird sie angesichts der staatlichen Bewirtschaftungsmethoden von der Entwicklung „untergepflügt“ werden? Hat sie in einer sozialistischen Wirtschaft überhaupt noch eine Daseinsberechtigung? Diese pessimistischen Fragen sind inzwischen von autoritärer Stelle einwandfrei beantwortet worden. Man denkt nicht daran, der Wirtschaft auf die Dauer bürokratische Fesseln anzulegen. Einen Unternehmer als lediglich ausführendes Organ staatlicher Befehlsstellen wünscht man nicht, vielmehr wird einer unternehmungslustigen Aktivität nach wie vor das Wort gesprochen.

Diese Feststellungen umschließen gleichzeitig das Thema der Privatinitiative, auf die der Staat keinesfalls zu verzichten gedenkt. Unternehmertum, geboren aus einer verantwortungsbewußten Privatinitiative, bedarf logisch zur Entfaltung einer ausreichenden Stoßkraft der Kräfte und ihrer Konzentration auf volkswirtschaftlich vordringliche Ziele einer geschlossenen Selbstverwaltungsorganisation. Der Begriff Selbstverwaltung der Wirtschaft hat seit 1934 bereits die Gemüter beschäftigt, als man daranging, die neue Organisation zu formieren. Gegenwärtig aber hat sich das Problem aus verschiedenen Gründen, die nicht immer in der Unzulänglichkeit der Organisation zu finden sind, nach der Richtung zugespitzt, daß nunmehr die Frage gestellt wird: Wo endet die staatliche Wirtschaftsführung und wo beginnt die wirtschaftliche Selbstverwaltung im täglichen Leben?

Es ist das Verdienst des Parteigenossen Dr. Hassmann, des Ministerialrats im Reichswirtschaftsministerium, diesem Problem eine fundierte Deutung gewidmet zu haben. War schon sein Braunschweiger Vortrag über den Standort der Industrie- und Handelskammern, den wir in unserer Zeitschrift veröffentlichten, getragen von der Verantwortung vor den traditionellen Gepflogenheiten

der Wirtschaftsorganisation, so ist sein jetzt als Broschüre vorliegender anderer Vortrag über das Problem der staatlichen Wirtschaftsführung und wirtschaftlichen Selbstverwaltung als ein kühner Vorstoß zur eindeutigen Begriffsbestimmung und Zielsetzung zu bezeichnen, gleichzeitig aber ein groß angelegter Versuch, die nationalsozialistischen Grundgesetze als dauernden festen Bestandteil im Wirtschaftsleben zu verankern. Hassmann bestimmt die Kompetenz des Staates gegenüber der Wirtschaft dahingehend, daß der nationalsozialistische Staat 1. total ist „im Sinne eines umfassenden Führungsanspruches nicht nur der politischen und kulturellen, sondern auch der wirtschaftlichen Kräfte“, 2. autoritär ist „und durch Befehl und Gehorsam als die beiden Pole der Autorität die Durchführung seines Willens auch in der Wirtschaft erzwingen kann“, 3. souverän ist „und durch seine souveräne Stellung seinen Willen, in seinen Entschlüssen frei und unabhängig zu sein von allen Wünschen und Beeinflussungen seitens einzelner Interessentengruppen, proklamiert“. Die Wirtschaft dagegen, so folgert Hassmann, hat vom Nationalsozialismus ihre verpflichtenden Grundsätze erhalten, welche gekennzeichnet werden: 1. durch die grundsätzliche Anerkennung des Privateigentums und die weitgehende Erhaltung der Privatinitiative, 2. durch die Einführung des Leistungs- und Führungsprinzips, 3. durch den kategorischen Imperativ, daß Gemeinnutz dem Eigennutz vorgehen müsse. In der Praxis ergibt sich daraus die staatlich gelenkte Wirtschaft, d. h. der Staat „beschränkt sich auf eine planmäßige Leitung aller Wirtschaftskräfte nach einem Gesamtplan und hat sich damit . . . gewandelt von einer Aufsichtsanstalt zu einem anerkannten Führungsorgan“. Da der Staat, so folgert Hassmann weiter, die Wirtschaft von der Gefahr der Emanzipation vom Staate endgültig befreit hat, kann er auch ohne Gefahr für seine Existenz der privatwirtschaftlichen Initiative einen weiten Spielraum belassen. Hier können sich die unternehmerischen Kräfte bewähren, die stets den deutschen Namen hochgehalten haben.

Es liegt auf derselben Linie, wenn das Wesen der heutigen Selbstverwaltung in der Wirtschaft nicht so weit gedeutet wird, als besitze der Selbstverwaltungsbereich eine ursächliche Bedeutung und als habe der Staat keinen Einfluß auf diesen Bereich. Der Staat weist vielmehr der Wirtschaft einen Raum an, in welchem sie in eigener Verantwortung wirken kann. Der Lehensgedanke klingt hier in moderner Form an, der nichts mit der berüchtigten Planwirtschaft und der sie begleitenden Enteignung von Eigentum zu tun hat, dafür aber den sittlicheren Werten des menschlichen Lebens einen größeren Spielraum läßt.

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft wird nun bekanntlich durch die Organisation der gewerblichen Wirtschaft durchgeführt. In seinem Vortrag bekennt sich Dr. Hassmann zu der Auffassung der Einsichtigen im Lande, indem er die Organisation der gewerblichen Wirtschaft als ein noch nicht abgerundetes Gebilde bezeichnet, dem die Einfachheit und Einheitlichkeit fehle. Nichtsdestoweniger sei sie schon jetzt sehr nützlich insofern, als sie „dem Staat die Möglichkeit gibt, seinen Willen jederzeit bis auf jedes einzelne Unternehmen zu erstrecken“. Die Problematik der Angelegenheit sieht Hassmann in dem Mangel einer völligen organisatorischen Einheit (siehe Gruppen und Kammern) und in dem Fehlen einer Führung mit absolut autoritärer Macht. Dieser Mangel sei um so spürbarer, als die Organisation der gewerblichen Wirtschaft eine Stellung zwischen dem Staat und der Wirtschaft einnimmt und damit der Anziehungskraft beider Sphären ausgesetzt ist. Mit anderen Worten bedeutet das, daß — sofern der Organisation der gewerblichen Wirtschaft nicht bestimmte Machtbefugnisse eingeräumt werden — sie praktisch „zwischen zwei Stühlen sitzt“, ein Zustand, der sich auf die Dauer kaum lange ertragen lassen dürfte. Hassmann fordert deshalb für die Organisation der gewerblichen Wirtschaft eine überlegene und entschlossene Führung, „um in ihrer Doppelstellung als ein Instrument der Wirtschaft und als ein Instrument des Staates zwischen der Szylla der Wirtschaft und der Charybdis des staatlichen Verwaltungsapparates glücklich hindurchgesteuert zu werden.“

Diese Ausführungen haben in der gesamten Wirtschaft Großdeutschlands einen lebhaften Widerhall gefunden, da sie das grundsätzliche Problem in der Wirtschaft aufgespürt haben. Es wird großer Geschicklichkeit bedürfen, um den hier aufgezeigten Weg zu Ende zu gehen. Es besteht aber auch kein Zweifel darüber, daß die Wirtschaft selbst das allergrößte Interesse daran hat, ihre Stellung fest im nationalsozialistischen Staate zu verankern und sich das Recht zu erkämpfen, das ihr allein schon aus ihren Leistungen für die Kriegswirtschaft zugestanden worden ist, das Recht zur freien Entfaltung ihrer Begabungen und Fähigkeiten im Dienste am Volksganzen. Edgar Sommer.

Muß Europa hungern?

Diese Frage wird gegenwärtig stark in der feindlichen Kriegshetze herausgestellt. In Deutschland ist man sich darüber auch klar, daß noch längst nicht alle Voraussetzungen gegeben sind, um eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung während des Krieges auch weiterhin zu gewährleisten. Die Vorratsreserven, soweit sie besonders in den Ländern West- und Nordeuropas angelegt waren, gelten jetzt als erschöpft. Ohne ihr Vorhandensein und ohne deutsche Überbrückungshilfen wäre es diesen Ländern, zu denen vor allem Holland, Belgien, Dänemark und Norwegen gehören und die durch die Kriegsereignisse des Jahres 1940 von allen überseeischen Zufuhren plötzlich abgeschnitten waren, kaum möglich gewesen, im letzten Winter durchzuhalten. In rechtzeitiger Erkenntnis dieser Sachlage ist aber in Europa überall dort, wo der deutsche Arm hinreicht, sowohl eine Umstellung in der Ernährung wie auch der agrarischen Strukturverhältnisse auf den Kriegsbedarf in die Wege geleitet worden. Das Ziel ist bekanntlich Anpassung der Viehwirtschaft an die kleiner gewordene Futtermittelgrundlage und Ausdehnung des Brotgetreide- und Hackfruchtanbaues, sowie überall intensivere Bodenbewirtschaftung. Besonders von der Intensivierung verspricht man sich außerordentliche Möglichkeiten. Man kann zum Beispiel darauf hinweisen, daß Frankreich seine Landwirtschaft nur ein wenig zu intensivieren braucht, um nicht nur seinen eigenen Bedarf, sondern sogar noch Überschüsse an Brot- und Futtergetreide herauszuwirtschaften; dies gilt auch für den Obst- und Gemüsebau. In der „Internationalen Agrar-Rundschau“ wies unlängst der deutsche Reichsbeauftragte für Milcherzeugnisse, Öle und Fette, Hübener, auf die großen Intensivierungs-Reserven hin, die in Südosteuropa schlummern. Würden Bulgarien, Ungarn, Rumänien sowie die ehemals polnischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Gebiete ihre Hektarerträge auf den deutschen Stand bringen, so würde, wie Hübener ausführte, Europa sogar noch nennenswerte Überschüsse an Fett erzielen können. Hübener macht allerdings kein Hehl daraus, daß diese Rechnung nur theoretischen Wert hat, da sie die verschiedenen Mentalitäten und wirtschaftlichen Voraussetzungen außer acht lasse. Aber selbst wenn nur die Hälfte dieses Weges zurückgelegt werde, würde, wie Hübener sagt, die volle friedensmäßige Bedarfsdeckung des europäischen Kontinents sowohl an Getreide und Eiweißfuttermitteln wie auch an Ölen und Fetten gesichert sein. Deutschland, das seine agrarische Rüstung schon seit Jahren geschmiedet hatte, brauchte seine Landwirtschaft nicht erst auf den Kriegsbedarf umstellen. Wenn im Reich aus der ersten Kriegsernte 100 000 t Brotgetreide mehr abgeliefert wurden als verlangt war, wenn die Milchablieferung um 2,5 Millionen Liter über die des letzten Friedensjahres hinausging, wenn die Rapsanbaufläche verdreifacht und der Gemüsebau um 25 % ausgedehnt wurde, so schritt Deutschland damit nur auf dem seit 1933 begonnenen Wege fort. Daß jetzt aber auch andere europäische Länder den von Deutschland vorgezeichneten Weg bereits mit Erfolg beschreiten, beweisen die diesjährigen Anbaupläne, soweit sie schon bekannt sind. So hat Rumänien in diesem Jahre seinen Ölsaatenanbau vervierfacht. Die übrigen Südostländer sind hiervon zwar noch ziemlich weit entfernt, aber auch sie haben dank den deutschen Anbauverträgen bereits viel mehr Ölfrüchte angepflanzt als bisher. Das bekannte Zuckerbüro F. O. Licht veranschlagt die Zuckerrübenfläche in den meisten Ländern höher als im Vorjahre; bei den übrigen werde die vorjährige Fläche gehalten. Das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom rechnet damit, daß die gesamte Weizenfläche Europas mindestens die bisher höchste Ausdehnung von 32 Millionen Hektar wieder erreichen, sie vielleicht sogar übertreffen werde. Trotz nicht überall günstiger Witterungsverhältnisse wird jedenfalls in Kontinentaleuropa eine größere Ernte als im Vorjahr erwartet. Das Fazit dieser Untersuchungen aber gipfelt in der Feststellung, daß kein Volk des Kontinents zu hungern braucht, wenn jedes Land die ihm im Rahmen der europäischen Gemeinschaft zufallenden Aufgaben erkennt und dementsprechend handelt.

Der Verfall der britischen Kohlenmacht

schreitet unaufhaltsam vorwärts. Kohle und Eisen sind einige der Hauptpfeiler der britischen Weltmachtspolitik. Was hatte man zu Beginn des so leichtfertig vom Zaune gebrochenen Krieges gegen Deutschland für schöne Pläne! Die Kohlenförderung auf der Insel sollte von 240 auf 270 Millionen Tonnen erhöht und die Ausfuhr um 10 Millionen auf 40 Millionen Tonnen erhöht werden. All das ist zu Wind geworden! Die wirtschaftliche Desorgani-

sation auf der Briteninsel ist so groß, daß nicht einmal die für den Inlandsbedarf benötigte Kohlenmenge gefördert wird. An die Ausfuhr ist in den meisten Fällen gar nicht mehr zu denken. Wie sehr die britische Vormachtstellung auf dem Gebiete der Kohle zerfallen ist, zeigt sich daran, daß England um die Jahrhundertwende herum noch ein Drittel der Weltkohlenförderung aufwies. 1939 waren es nur noch 20 v.H., und seitdem ist ein weiterer rapider Schwund eingetreten. In bezug auf Europa ist das britische Kohlengeschäft größtenteils an Deutschland übergegangen. In der übrigen Welt schicken sich die „Brüder“ aus den Vereinigten Staaten an, das Erbe zu übernehmen, wie sie das ja auch in politischen Dingen (siehe Stützpunktpolitik!) gerne tun. Schon die Stockung im europäischen Schiffsverkehr bringt für die Britenkohle eine starke Einbuße. Die norwegischen, dänischen und viele andere Überseeschiffe nahmen früher regelmäßig in England Bunkerkohle auf. Heute ist dieses Geschäft gestoppt, und man schätzt, daß hierdurch mehr als die Hälfte der britischen Kohlenausfuhr mattgesetzt worden ist. Wie sehr die Vereinigten Staaten in das Kohlengeschäft einsteigen, beweisen einige Zahlen. Die Vereinigten Staaten haben im Jahre 1940 rund 50 v.H. an schwarzen Diamanten mehr ausgeführt. Die Ausfuhr stieg von 10,5 auf 15,8 Millionen Tonnen. Allein nach Kanada ist die vereinsstaatliche Kohlenausfuhr von 9 auf über 12 Millionen Tonnen gestiegen. Auch Südamerika, das früher eine große britische Kohlendomäne war, wird heute bevorzugt aus den Vereinigten Staaten beliefert. Die nordamerikanische Ausfuhr nach Argentinien stieg von 210 000 auf 335 000 Tonnen, die nach Brasilien gar von 386 000 auf 944 000 Tonnen. Chile hatte im Jahre 1939 nur 4000 Tonnen aus USA. bezogen, 1940 waren es 181 000 Tonnen. Auch für das übrige Südamerika konnte die USA.-Kohlenausfuhr um 50 v.H. gesteigert werden. Auch in den von Deutschland nicht direkt beeinflussten europäischen Staaten konnte sich die vereinsstaatliche Kohle ausweiten. Die nordamerikanische Ausfuhr nach diesen Ländern könnte noch viel größer sein, wenn der Bergbau heute dazu in der Lage wäre. Aber die Vereinigten Staaten konnten sich in der kurzen Zeit nicht auf das große Exportgeschäft umstellen, zumal die Anforderungen des Binnenmarktes ebenfalls steigen. Aber auch schon diese niedrigen Zahlen beweisen, daß die Vereinigten Staaten mit Macht in das britische Kohlengeschäft eindringen und den Bundesgenossen vor allem im eigenen Reiche (Kanada) und in Südamerika auszuschalten bestrebt sind.

Die Sozialgenossenschaften

haben sich nicht schlecht bewährt. Auf Grund der Erfahrungen, die mit den Sozial-Gewerken des Handwerks gemacht wurden, hat Reichsorganisationsleiter Dr. Ley nunmehr angeordnet, daß auch im Handel und im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe Sozialgenossenschaften ins Leben zu rufen sind. Als die DAF. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Handwerk im Frühjahr 1939 erstmals daran ging, Sozialgenossenschaften des Handwerks zu gründen, die den Namen „Sozialgewerke“ erhielten, beschritt sie damit einen völlig neuen Weg in der Sozialpolitik. Es hatte sich gezeigt, daß viele kleinere Betriebe mit den sozialen Leistungen größerer Betriebe nicht Schritt zu halten vermochten. Die Betriebsführer dieser kleinen Betriebe waren durchaus nicht unsozial eingestellt; aber sie waren häufig finanziell nicht in der Lage, die gleichen Sozialeinrichtungen zu schaffen wie größere Betriebe, vielfach wäre es auch unwirtschaftlich gewesen, solche Einrichtungen, etwa Werkküchen oder Bäder usw. für nur wenige Gefolgsleute zu schaffen. Es entstand also in sozialer Hinsicht ein gewisses Gefälle vom Großbetrieb bis hinab zum Kleinbetrieb. Dieses Sozialgefälle sollten die Sozialgewerke des Handwerks beseitigen helfen. In ihnen vereinigten sich die Handwerksbetriebe, um soziale Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen, die der einzelne Betrieb nicht finanzieren kann, wie etwa Gesellen- und Lehrlingsheime, Gemeinschaftsverpflegung usw. Bis zum Kriegsausbruch waren 14 Sozialgewerke vorhanden, Ende 1940 schon 200 und jetzt ist bereits die Zahl 300 überschritten, denen 25 000 Handwerksbetriebe mit 130 000 Meistern, Gesellen und Lehrlingen angeschlossen sind. Der schnelle Aufstieg der handwerklichen Sozialgenossenschaften zeugt davon, daß sie einem tiefen Bedürfnis der kleinen Betriebe entsprachen. Dies Bedürfnis führt nunmehr dazu, auch im Handel und Gaststättengewerbe Sozialgenossenschaften zu gründen. Sie sollen den kleinen Betrieben unter 20 Gefolgsleuten vorbehalten bleiben. Damit wird die weitaus größte Zahl der Betriebe erfaßt. Denn von den 1,3 Mill. Handelsbetrieben mit 3,13 Mill. Gefolgsleuten, die im Reich vorhanden sind, sind 96 v.H. Kleinbetriebe, 90 v.H. sogar Betriebe mit bis zu 3 Gefolgsleuten. Von den 250 000 Betrieben des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes mit 800 000 Gefolgsleuten sind 92 v.H. Kleinbetriebe und 78 v.H. solche mit bis zu 3 Gefolgsleuten.

Roosevelts falsche Rechnung

Sonderbericht der DWZ

Europa kann wirtschaftlich nicht überrannt werden

Der amerikanische Präsident Roosevelt hat sich bei seinen Versuchen, die gesamte westliche Hemisphäre in die Front gegen die Achsenmächte einzuspannen, manche unangenehme Wahrheiten sagen lassen müssen. Zunächst hat man seine sehr optimistischen Erklärungen über die Rohstoffausstattung der Neuen Welt unter die Lupe genommen. So reichlich und unangreifbar, wie es aus den jüngsten Washingtoner Verlautbarungen hervorgeht, ist die amerikanische Union nun doch nicht. Wer die nordamerikanische Presse genau verfolgt hat, konnte Klagen über Mangel an mehreren wichtigen Rohstoffen vernehmen: Kautschuk, Zinn, Aluminium, Mangan und anderen Eisenhärtungsmetallen.

Es ist nicht ganz abwegig, wenn man die ausgesprochen imperialistische Politik, die das Weiße Haus in Ostasien verfolgt, mit diesen Versorgungslücken in Zusammenhang bringt. Aus dem fernöstlichen Festland und den südöstlich vorgelagerten Inseln stammt das Gros der Weltproduktion an Kautschuk, Zinn, Wolfram und Kopra. Weiter hegt man in denjenigen Ländern, die Washington zu betreuen vorgibt, auf Grund reicher Erfahrungen Zweifel daran, daß die amerikanische Union die Möglichkeit oder auch nur die ernste Absicht hat, den anderen Ländern des Doppelkontinents eine ausreichende Absatz- und Versorgungschance zu bieten. Endlich sieht man mit wachsendem Unbehagen, daß die von Großbritannien verhängte und durch entsprechende Abwehrmaßnahmen der Achsenmächte verschärfte Blockade wichtige Absatzmärkte der überseeischen Nahrungsmittel und Rohstoffe entzöhnt. Dabei darf man seine Beobachtungen nicht auf die Kriegszeit beschränken, in der das normale Geschehen durchbrochen und sehr erheblich verändert worden ist. Es ist vielmehr notwendig, die Tendenz der Entwicklung vor dem Kriege herauszuschälen und die Momente einzukalkulieren, die sich aus den im Kriege gewonnenen Erfahrungen ergeben. Die nachfolgenden Zahlen geben einen Überblick über die Einfuhr Deutschlands an einigen wichtigen Rohstoffen vor dem Kriege.

Europas Autarkiemöglichkeiten

Das Kardinalbeispiel in der Wirtschaftsargumentation der Washingtoner Regierungs- und Wirtschaftskreise ist das Erdöl, an dem die alte Welt — angeblich — niemals zur vollständigen Selbstversorgung aufsteigen werde. Einen scheinbaren Beweis für das Mißverhältnis zwischen Eisenerzeugung und Bedarf liefern die Einfuhrzahlen der großen kontinentaleuropäischen Länder. Deutschland importierte an Erdölprodukten aller Art im Jahre 1934 für 150,1, im Jahre 1936 für 195,6 und im Jahre 1938 für 269,6 Millionen RM. Hierin kommt aber nicht nur die zunehmende Motorisierung der deutschen Wirtschaft, sondern auch eine Vorratsansammlung angesichts der heraufziehenden Kriegsgefahr zum Ausdruck. Noch wenig hat sich bis zum letzten Vorkriegsjahr die „Kohleverflüssigung“, das heißt die Gewinnung flüssiger Kohlenwasserstoffe aus Stein- und Braunkohle, ausgewirkt. Man wird ohne Übertreibung behaupten können, daß nach dem Wiedereintritt normaler Verhältnisse — also nach Beendigung des Krieges — trotz zunehmender Motorisierung der Anteil synthetischer Mineralöle an der Ölversorgung Deutschlands zunehmen wird. Es muß zu falschen Schlüssen führen, wenn man die derzeitige Erdölerzeugung im europäisch-vorderasiatischen Raum als Standard für die künftige Erzeugung und Versorgung ansieht. Endlich ist nicht daran zu zweifeln, daß die beiden bereits jetzt als erdölreich bekannten vorderasiatischen Länder, der Irak und Iran, nach Beendigung des Krieges zu den Ländern neigen werden, die auf dem Land- und Seewege am leichtesten erreichbar sind: nämlich zu dem an das Mittelmeer grenzenden kontinental-europäischen Wirtschaftsraum. Die Fachleute sind sich darüber einig, daß auch die zwischen dem Mittelmeer und den beiden genannten Ländern liegenden Gebiete erdölreich sind, und daß sich zu der bisherigen Produktion von Iran, Irak, den Bahrein-Inseln (im Persischen Golf) und Ägypten von zusammen fast 20 Millionen Tonnen im Jahr bald eine türkische Erdölförderung hinzugesellen wird. Dann wäre es mit der nordamerikanisch-venezolanischen Monopolstellung des angelsächsischen Erdöl-Kapitals endgültig aus, zumal man nicht die rumänische und die ukrainische Erzeugung vergessen darf.

In bezug auf gewisse Metalle wird sich Deutschland — und wird sich unter Deutschlands Führung der kontinentaleuropäische Raum — soweit umstellen, daß eine ernste Gefahr der Aushungerung durch die angelsächsischen Mächte nicht mehr besteht. Zu diesen Metallen gehören Zink, Nickel und Zinn, an denen die deutsche Einfuhr im letzten Vorkriegsjahr (1938) erheblich

niedrigere Ziffern aufweist als noch im Jahre 1934, obwohl sich gerade vor dem Kriege ein erhöhter Vorratsbedarf ergeben haben dürfte. An einigen anderen Metallen hat sich der deutsche Einfuhrbedarf vor dem Kriege erhöht, so bei Mangan, Chrom, Blei, Aluminium und vor allem Kupfer. Die 4 erstgenannten Metalle, insbesondere Mangan, Chrom und Aluminium, sind auf dem europäischen Festlande und in den Ländern der nordöstlichen Mittelmeerküste so reichlich vorhanden, daß die Organisation der Selbstversorgung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten wird. Am schwierigsten wird es sein, den Kupferbedarf zu befriedigen; aber auch hier fehlt es im europäischen Raume nicht an entwicklungsfähigen Fundstätten.

Besonders anfechtbar ist die Rechnung des Präsidenten Roosevelt in bezug auf die Spinnstoffversorgung der alten Welt. Die Schafhaltung in den Ländern des östlichen und südöstlichen Europas ist noch sehr ausdehnungsfähig, und zwar weniger quantitativ als qualitativ. Für die Baumwollversorgung Kontinentaleuropas wird nach der Verdrängung Großbritanniens vom Mittelmeer Ägypten zur Verfügung stehen. Die gefährlichste Konkurrenz für die Wolle und Baumwolle der Neuen Welt ist jedoch die in den Achsenländern mit großem Erfolg entwickelte Erzeugung an künstlichen Spinnstoffen (Kunstseide und vor allem Zellwolle). Ihr allein ist es zuzuschreiben, daß die deutsche Einfuhr an natürlichen Spinnstoffen (Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf und Fellen) trotz des vor dem Kriege einsetzenden Vorratsbedarfs von 782 Mill. RM im Jahre 1934 auf 718 Mill. RM im Jahre 1938 zurückging. Zusammenfassend läßt sich zur Rooseveltischen Blockade- und Boykott-Politik nur folgendes sagen: Er glaubt den Stamm, der die kontinentaleuropäische Versorgung trägt, zu fällen und merkt nicht, daß er den Ast absägt, auf dem die Agrar- und Rohstoffländer der westlichen Hemisphäre sitzen.

Litauische Gebiete Eine volkswirtschaftliche Übersicht

Die Bevölkerungsdichte beträgt 2 Millionen 28 tausend, somit 38,1 Einwohner auf 1 qkm. Sie ist in den West- und Südwestgebieten am größten, da hier ein größerer Nahrungsspielraum besteht. Diese Bevölkerungsdichte ist übrigens in der außerordentlichen Bedürfnislosigkeit des litauischen Bauern begründet. Litauen ist ein reines Ackerbauland. 76,7 % der berufstätigen Bevölkerung Litauens sind Landwirte, 80 % des litauischen Exportes entfallen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Auf Industrie und Handwerk kommen nur etwa 6,4 %, auf Handel und Verkehr 3,6 %, auf öffentlichen Dienst 3,2 % und sonstige Berufe 10,1 % der berufstätigen Bevölkerung. Auf die Dörfer entfallen ca. 85 % der Bevölkerung, auf Städte ca. 15 %.

Die in Litauen nach dem Weltkriege durchgeführte Agrarreform hatte zur Folge, daß in Litauen der landwirtschaftliche Kleinbetrieb fast ausschließlich vorherrscht. Die durchschnittliche Größe beträgt etwa 12—13 ha. Seit Beginn der Landenteignung wurden auf Grund des litauischen Agrargesetzes rd. 117 405 ha enteignet.

Von der 5565,8 Tausend ha Landesfläche Litauens entfallen auf Ackerland 1 636 400 ha = 47,4 %, Gemüse und Baumgärten 125 600 ha = 2,2 %, Wiesen 762 400 ha = 13,7 %, Weiden 644 800 ha = 11,6 %, Waldflächen 885 500 ha = 15,9 %, sonstige Kulturen 511 100 ha = 9,2 %. Die wichtigste Anbaufrucht als Brotfrucht ist der Roggen, der mit 17,1 % der angebauten Kulturen den ersten Platz einnimmt. Es folgen Klee und Futtergräser mit 14 %, Hafer mit 14,3 %, Gerste mit 8,1 %, Weizen mit 7,5 %, Kartoffeln mit 5 %, Flachs mit 3,2 %, Erbsen mit 2,1 %, Rüben mit 2 %. Der verhältnismäßig starke Hafer- und Gersteanbau ist wegen der beträchtlichen Pferdehaltung erforderlich. Für den Weizenbau sind die klimatischen Verhältnisse nicht besonders günstig. Mit 46 % des gesamten Ackerbaubodens ist die Getreidewirtschaft vorherrschend. Jedoch macht sich eine allmähliche Verschiebung zu Gunsten des Anbaus von Futtermitteln und Rüben bemerkbar. Die Flachsbearbeitung ist meistens noch sehr primitiv, doch ist die Aussaatfläche von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen gewesen.

Über die Gesamternte der einzelnen Kulturen gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Gesamtwerte der einzelnen Kulturen
(In 1000 to)

Roggen	475,5	Hafer	366,5
Weizen	172,2	Wicken	36,6
Gerste	150,5	Leinsamen	25,4
Erbsen	45,5	Flachs	34,6
Kartoffeln		959,7	

Die Gründe der verhältnismäßig geringen Produktivität der litauischen Landwirtschaft liegen in der kurzen Vegetationsdauer, in den mangelhaften Verkehrsverhältnissen, in der kulturellen und sozialen Rückständigkeit und ganz besonders in der schlechten Entwässerung, deren Besserung ein Problem der Zukunft ist.

Die Viehzucht tritt gegenüber dem Ackerbau etwas zurück, dennoch ist sie recht bedeutend, wie schon der beträchtliche Prozentsatz der Wiesen und Weiden vermuten läßt. Im Verhältnis zu der Zeit vor dem Weltkriege kommt der Viehzucht in Litauen eine ständig steigende Bedeutung zu. Die hohe Pferdezahl wird durch die kurze Vegetationsdauer bedingt, die eine Zusammenfassung aller landwirtschaftlichen Kräfte zu bestimmten Zeiten erfordert. Es wurden beispielsweise vor dem jetzigen Kriege über 28 000 Pferde im Werte von über 11 Millionen Lit. nach dem Auslande ausgeführt. Die litauische Rindviehzucht erfreut sich ebenfalls einer besonderen Pflege. Litauen stellte über 1 300 000 Stück Rindvieh, davon etwa die Hälfte Milchkühe. Das litauische Rindvieh ist klein und leicht. Die Schweinezucht in Litauen erhielt nach dem Weltkriege einen gewissen Aufschwung. Zur Förderung der Schweinezucht wurden aus dem Auslande Rasseschweine eingeführt. Im Jahre 1926 wurde ein Verband zur Züchtung von Rasseschweinen gegründet, der hauptsächlich das deutsche Edelschwein züchtete. Die Ausfuhr lebender Schweine erreichte die Zahl von über 50 000 Stück und ging fast ausschließlich nach Deutschland. In natürlicher Verbindung mit der Viehzucht trat die Milchwirtschaft auf. Vor dem Ausbruch des Krieges wurde an Milchprodukten exportiert: Milch 5 697,4 t; Käse 709,4 t; Butter 17 400,0 t.

Auch die Geflügelzucht in der litauischen Wirtschaft spielt eine nicht unwichtige Rolle. Unter dem Geflügel nimmt die Gänsezucht die erste Stelle ein. Es wurden vor dem Kriege für über 6 Millionen Lit. lebendes Geflügel nach dem Auslande, hauptsächlich nach Deutschland ausgeführt. Hieran hatte die Gänseausfuhr wertmäßig den größten Anteil.

Um die Eiergewinnung zu heben, wurden Hühner aus Deutschland, Schweden und Dänemark eingeführt. Die Bedeutung der Eieraufuhr geht aus folgenden Zahlen hervor: es wurden vor Ausbruch des Krieges 1939 über 65 Millionen Stück Eier im Gesamtwerte von 40½ Millionen Lit. ausgeführt.

Die Trockenlegung des landwirtschaftlichen Bodens war eine der Hauptsorgen der litauischen Kreise. Es wurden im Jahre 1928 z.B. über 20 000 ha Land trocken gelegt. Der Verbrauch an künstlichen Düngemitteln war im Steigen begriffen. Dadurch wurde die Qualität des Saatgetreides gehoben.

Nach der Landwirtschaft kommt der Forstwirtschaft in Litauen Bedeutung zu. Die schweren politischen und wirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit hatten eine viel zu starke Abholzung zur Folge. Die abgeholzte Fläche in den staatlichen Forsten betrug 1919: 2 113 ha; 1920: 3 453 ha; 1921: 6 194 ha; 1922: 8 142 ha; 1923: 10 956 ha; 1924: 9 600 ha; 1925: 7 700 ha. Hinzu kommen noch die sehr bedeutenden Holzgefälle der privaten Waldbesitzer, deren Abholzungen für diese Zeit auf ca. 15 000 ha geschätzt werden. Die Holzausfuhr Litauens ist recht beträchtlich, sie betrug durchschnittlich 400 000 — 600 000 fstm. jährlich. Diese Ausfuhr, die unter anderen Verhältnissen angesichts des stark gelichteten Waldbestandes hätte unterbleiben müssen, war zum größten Teil durch die finanziellen Schwierigkeiten Litauens bedingt. Die Holzausfuhr richtete sich zum größten Teil nach Deutschland. Der Wald umfaßt in Litauen 885 500 ha, was 15,9 % der gesamten Bodenfläche ausmacht. Durchschnittlich entfallen auf 100 ha Bodenfläche 18 ha Wald. Dem Bestande nach überwiegt das Nadelholz vor dem Laubholz. Zur Kultivierung der Waldbestände müßte eine systematische Aufforstung stattfinden. Für die Zukunft dieses Landstriches ist die rationelle Forstbewirtschaftung eine wichtige Frage, da die Holzbearbeitung eine bedeutende Rolle in der Industrie eingenommen hat.

Durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse waren die Anfänge einer Industrie vernichtet. Erst allmählich konnte man im allgemeinen Aufbauprozess ein Wiederaufleben der Industrie feststellen. Allerdings mußte sich die Produktion auf die verkleinerte Nachfrage des damaligen Inlandmarktes umstellen. Es fehlt an Bodenschätzen, vor allem an Kohle und Erz. Hierdurch entbehrte die litauische Industrie verschiedener natürlicher Grundlagen. Nur die unmittelbar an die land- und forstwirtschaftliche Produktion anschließende Industrie hatte wirtschaftliche Existenzberechtigung. Demzufolge nehmen die Nahrungsmittelunternehmungen (2940), die Unternehmungen der Textilindustrie (514), die Holzverarbeitungsindustrie (972) und die der Verarbeitung tierischer Produkte dienenden Unternehmungen wie Lederfabriken, Knochenmühlen (245) den ersten Platz ein. Die Metallindustrie in Kowno fertigte hauptsächlich Schrauben, Nägel, Draht, Ketten und Pferdegeschirre für den Inlandsmarkt an und konnte sich nur durch die starke Schutzzollpolitik halten. Der weitaus größte Teil der Betriebe waren Kleinbetriebe, die für den Lokalbedarf arbeiteten. Unter-

nehmungen mit über 15 Arbeitern zählten bereits zu den Großbetrieben. Der Spiritusbrennereibetrieb wurde ziemlich verbreitet. Im Lande zählte man 52 Großspiritusbrennereien.

Dem Binnenhandel dienten in Litauen noch in großem Maße die Jahrmärkte und Märkte. Der Einzelhandel war stark übersetzt und lag größtenteils in Händen der Juden.

Die wichtigste Position in der Ausfuhr Litauens haben, wie bereits erwähnt, die Produkte der Landwirtschaft. Der Umfang der litauischen Ausfuhr ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Litauens Ausfuhr im Jahre 1939 (in Mill. Lit)

Pferde	3,3
Großrindvieh	2,3
Schweine	23,5
Gänse	2,3
Frisches Fleisch	3,6
Geflügel und Wildbret	3,7
Bacon	30,6
Fleischkonserven	2,0
Schweineschmalz	1,3
Butter	41,6
Eier	8,2
Milcherzeugnisse	0,2
insgesamt: 122,6	
Getreide	13,8
Kartoffeln	0,8
Wicken	5,4
Leinsamen	4,2
somit insgesamt: 146,8	

Die Gesamtausfuhr betrug im Jahre 1939 203,2 Mill. Lit.

Zum Schluß dieser Betrachtungen sei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die litauischen Gebiete in der Zukunft einen bedeutend größeren Aufschwung der Landwirtschaft in der Richtung ihrer Intensivierung und ihres kräftigeren Ausbaus der Viehzucht erleben möchten.

Dr. B. M.

Nachbarschaft zur Ostsee

NORWEGEN UND DIE AUSSCHALTUNG POLENS

Die Nachbarschaft zur Ostsee hat das wirtschaftliche Denken der Nordländer stets einen wachsamsten Blick nach dem europäischen Osten richten lassen. Man kann sagen, die Handelsbeziehungen zwischen Norwegen und Osteuropa sind Jahrhunderte alt. Auf Norwegen bezogen, ist dies nichts Zufälliges. Norwegen, mit der drittgrößten Handelsflotte der Welt, ist seit Urzeiten eine Seefahrernation, die allerorts Handel trieb. Die Nordländer betrachteten die Ostsee stets als ein „heimatliches Feld“. Die Ostsee wurde so das große wirtschaftliche Bindeglied des Nordens mit dem Osten. Durch sie wurde im Norden das wirtschaftliche Interesse für Osteuropa angeregt, erhalten und gepflegt. Dieses Interesse ist naturgemäß in der letzten Zeit stärker geworden, nachdem durch die Ausschaltung Polens als unsicherer Ostseepartner wie als Wirtschaftsfaktor im Osten überhaupt, die wirtschaftliche Sammlung des osteuropäischen Raumes unter deutscher Führung einheitlicher und erfolgversprechend geworden ist. Mit dem Vorhandensein der deutschen Machtstellung im Osten ist dem Norden ein Geschäftspartner geschenkt worden, der durchaus seinem wirtschaftlichen Wunschbilde entspricht. Dies ist keine Übertreibung. Wir müssen in diesem Zusammenhange wieder auf Polen zurückgreifen, dessen wirtschaftliches Gebaren im Norden niemals Anklang hat finden können. Die an politischem Größenwahn leidenden Polen spielten allen Ernstes mit der fixen Idee, Norwegen als Seefahrernation zu überflügeln. Man denke hierbei nur an die polnische Amerika-Linie, die seinerzeit nur mit der Absicht geschaffen wurde, den Nordländern einen Konkurrenzkampf „bis aufs Messer“ anzusetzen. Aus diesem Grunde auch fühlten sich die Nordländer in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr aus dem osteuropäischen Raume verdrängt. Nachdem nun aber, wie gesagt, das polnische Wirtschaftselement in Osteuropa nicht mehr existiert, hat man in Norwegen für diesen Teil Europas wieder Interesse.

Handel mit dem Osten

Insbesondere verfolgen die maßgeblichen norwegischen Wirtschaftskreise mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der neuen europäischen Wirt-

schaftsordnung. Die Nordländer als weltgewandte Handelsherren haben einen Blick für das Neue und Starke, das sich noch unsichtbar unter der Oberfläche entwickelt. In diesem Zuge denkt man an die wirtschaftliche Vorwärtsentwicklung des deutschen Ostens, die eine Zukunft hat. Hier zur rechten Zeit Geschäftsverbindungen und Wirtschaftsinteressen anzubahnen, ist schon heute das mehr oder weniger laute Bestreben des Nordens.

Jeglicher Handel steht und fällt mit dem Vorhandensein brauchbarer Verkehrsmittel und Verkehrswege. Norwegens wichtige kaufmännische Basis ist von altersher das Handelsschiff. Auf den deutschen Osten bezogen, liegen die Dinge durchaus günstig. Wir denken hier nur an Danzig und Stettin. Diese Hafenstädte waren bereits in den Zeiten der deutschen Hanse und der Fugger ein wertvolles Bindeglied zwischen dem deutschen Osten und dem Norden. Das nationalsozialistische Großdeutschland wird die Wasserverkehrsstraßen im Osten weiter ausbauen. Dank dieser deutschen Tatkraft, diesem deutschen Weitblick, sind die Handelsverbindungen zwischen dem Norden und Osten nicht nur weitestgehend gefördert worden, sondern haben auch das wirtschaftliche Interesse des Nordens am deutschen Osten neu gestaltet. Die Früchte und Ergebnisse dieser neuen wirtschaftlichen Anbahnungen brauchen freilich zu ihrer Reife Zeit. Sie sind bereits sichtbar und damit in den Kreis der Möglichkeiten gerückt. Die begonnene Neuordnung der europäischen Wirtschaft wird ihren Teil dazu beitragen, um diesen natürlichen Prozeß zu beschleunigen. Denn nachdem England als der „große Wirtschaftspartner“ ausgefallen ist, muß Norwegen naturgemäß seinen Blick auf andere Märkte werfen, dies jedenfalls stärker als vordem. Es versteht sich schon deshalb von selbst, daß Norwegens Wirtschaftsinteressen am deutschen Osten, wie an Deutschland überhaupt, von Tag zu Tag größer werden.

Wege der Gesundung

In diesem Zusammenhange wird sicherlich von dieser oder jener Seite die Frage aufgeworfen werden, wie es gegenwärtig um die außenwirtschaftliche Stabilität des norwegischen Handels stehe. Ob der Krieg, der Norwegen nicht mit zarten Händen angefaßt hat, hier große wirtschaftliche Schäden angerichtet hat? Diese als Auswirkungen auf den Außenhandel betrachtet. Zu dieser Frage wollen wir einer maßgeblichen Stimme das Wort erteilen: Im Mitteilungsblatt der Deutschen Handelskammer in Norwegen veröffentlichte kürzlich der Leiter der Hauptabteilung Volkswirtschaft beim Reichskommissar, Otte, einen diesbezüglichen Aufsatz über „Norwegens Außenhandel auf dem Wege der Gesundung“. Hierin wird u. a. unterstrichen, daß das neue Wirtschaftsdenken in Europa auch in Norwegen einzukehren beginnt. Die im Vorjahr aufgetauchten Krisenerscheinungen sind zum größten Teil überwunden. Gerade auf dem Gebiete des Außenhandels haben wir in der bereits vorliegenden Handelsbilanz für das Jahr 1940 einen sichtbaren Beweis für eine erfreuliche Wandlung. Mit Genugtuung könne man heute feststellen, so heißt es in diesem Aufsatz weiter, daß mit Hilfe Deutschlands diese Wandlung zum Guten gelungen ist. Eine Umstellung des norwegischen Außenhandels war natürlich in diesem Falle notwendig. Norwegens Bestreben ist es, durch Steigerung seines Exports seine Wirtschaftsstabilität zu sichern. Der Möglichkeiten hierfür gebe es genug in Norwegen. Wenn trotz des Krieges und der Besetzung des Landes auch der Export im Jahre 1940 gegenüber 135 — dem letzten Normaljahr — sich behaupten konnte, so ist das ein günstiges Zeichen für die vollzogene Wandlung im norwegischen Außenhandel. Großdeutschland ist heute Norwegens größter Käufer geworden. Nachfolgend bezeichnende Zahlen: Im Jahre 1939 betrug der deutsche Anteil an der norwegischen Ausfuhr 16,7 % und stieg in der Zeit von April bis Dezember 1940 auf nahezu 70 %. Das ist ein gewaltiger Ruck nach oben.

Abschließend kann man also sagen, daß die norwegische Wirtschaft und ihr Außenhandel auf den deutschen Markt ausgerichtet sind. Dies ist keine schadenfrohe Feststellung, im Gegenteil, der Ausdruck der gesunden Erkenntnis von der natürlichen wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit beider Länder. Diese wirtschaftliche Zusammengehörigkeit wird früher oder später auch in den Wirtschaftselementen des deutschen Ostens verstärkten Niederschlag finden.

Bruno Roemisch.

Lesen und verbreiten Sie die DWZ.

Betriebsprüfungen

Von Dr. Paul Thalemann, Wehrwirtschaftssachverständiger

Die kriegswirtschaftlich gerechtfertigte Lenkung des Arbeitseinsatzes im Altreich und in Danzig-Westpreußen

Die früheren Aufgaben der Arbeitseinsatzbehörden, wie Arbeitskräfte vermitteln, Arbeitslose unterstützen, Jugendliche in das Berufsleben führen, sind im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Abgesehen von Sonderaufgaben, wie Dienstverpflichtungen für den Westwall im Sommer 1938 usw., erwachsen wichtigere Aufgaben aus der Ordnung des Arbeitslebens selbst. Da sind zum Beispiel: Beseitigung von Mangelberuferscheinungen, Herbeiführung von Ausgleich bei bezirklichen Spannungen, Sicherung des Nachwuchses für die Landwirtschaft, Unterbindung von Abwerbungen durch ungerechtfertigte Lohnzusicherungen, Abstellung unerwünschter Fluktuationen von Facharbeitern usw. Der Übergang von der Friedenswirtschaft zur Kriegswirtschaft stellte die Arbeitseinsatzbehörden vor neue Aufgaben. Die Wehrmacht trat mit größten direkten und indirekten Forderungen als mehr und mehr ausschlaggebender Bedarfsträger auf. — Direkt durch die Einberufungen zum Waffendienst, indirekt durch die Forderungen an die Rüstungsindustrie und dementsprechenden Bedarf an Rüstungsarbeitern. Zur Deckung des vorordentlichen Bedarfes an Arbeitskräften für die Rüstungsindustrie haben die Prüfungskommissionen im ganzen Reichsgebiet ihre Arbeit aufgenommen.

Warum Kommissionen?

Gewiß wird die Frage des Warum solcher Kommissionen aufgeworfen, die in mühseliger Kleinarbeit Betrieb für Betrieb überprüfen. Schon bei früheren Arbeiten der Arbeitsämter hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, in die Betriebe zu gehen, um Entscheidungen über Anforderungen an Arbeitskräften an Ort und Stelle zu überprüfen. Die Erfahrung hat zur Genüge gezeigt, daß die Betriebe beispielsweise Bedarfsanforderungen stellten, die manchmal übergriffen sind. Aus diesen Erwägungen heraus haben die eingesetzten Prüfungskommissionen das Verfahren, den Arbeitseinsatz in den Betrieben zu überprüfen, beibehalten.

Die Zusammensetzung der Kommissionen ist nun in der Weise vorgenommen worden, daß sie als Prüfungsmitglieder jeweils Vertreter der an den Betrieben interessierten wichtigsten Dienststellen umfassen. Mit den Vertretern der Rüstungsinspektion und des örtlichen Arbeitsamtes prüfen je nach Betriebscharakter jeweils die Vertreter des Landeswirtschaftsamtes, der Industrie- und Handelskammer oder Wirtschaftskammer, der Landesbauernschaft bzw. des Reichsnährstandes, des Forst- und Holzwirtschaftsamtes, gegebenenfalls der örtlichen DAF. Bei der Überprüfung des Bausektors wird entsprechend verfahren. In die überprüfenden Unterkommissionen sind dann selbstverständlich Vertreter der Bauwirtschaft und der zuständigen Dienststellen entsandt. Diese jeweils gebildeten besonderen Kommissionen überprüfen meist eine bestimmte Kategorie von Betrieben eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes; dafür sind Gründe maßgebend, auf die im weiteren Verlauf der Ausführungen noch eingegangen wird. Auf jeden Fall kann aus dem bisher Gesagten ohne weiteres die Feststellung getroffen werden, daß bei jeder Betriebsführung die jeweils vorliegenden besonderen Verhältnisse — gemäß der Eigenart der Fertigung oder der Auftragslage oder der Einschaltung des Betriebes in besondere staatliche Produktionsprogramme oder der künftigen Zweckbestimmung der Bauvorhaben — berücksichtigt werden. Und diese erforderlichen Kenntnisse besitzt eben nur eine entsprechend zusammengesetzte Kommission.

Der persönliche Augenschein

Weiter wird gefragt, wozu jeden einzelnen Betrieb überprüfen? Es mußten doch schon an die Stellen Pläne, Statistiken, Fragebogen eingereicht werden. Dazu ein interessantes Beispiel aus der Zeitschrift „Deutsche Technik“ vom Wehrkreisbeauftragten, Gauamtsleiter Dipl.-Ing. F. Frank: Eine Firma, die Einspritzpumpen für Dieselmotore baut, also Präzisionsarbeit ausführt, kommt mit 8 % Facharbeitern aus. Ein Betrieb, der Pflüge herstellt, behauptet, er könne nur mit einem 40 %igen Facharbeiteranteil an der Gesamtbelegschaft auskommen; Alernkräfte verfügen nicht über die Geschicklichkeit. Ähnliche Beobachtungen waren auch im Reichsgau Danzig/Westpreußen zu machen. In vielen Fällen wurde festgestellt, daß ausgesprochene Facharbeiter mit Arbeiten beschäftigt werden, die kaum ihrer Qualifikation entsprechen. In einem mittleren Brauereibetrieb wurden bei einer Belegschaft von rd. 120 männlichen und weiblichen Arbeitskräften 20 % Facharbeiter für Reparaturen usw. als notwendig

erachtet. Ein jahrelang als Gußputzer tätig gewesener Facharbeiter wird mit Reparaturarbeiten in einer kleinen Ziegelei beschäftigt. Sehr häufig wiederkehrend war die Tatsache, daß die Betriebe mit an sich unwichtiger Fertigung Facharbeiter so ansetzen, daß auf jeden Fall bei Ausfall aus irgendeinem Grunde kein Ersatz vorhanden ist. Dem Hinweis der Prüfungskommission auf diese Möglichkeit sowie auf das Unterlassen des bisher unterbliebenen Einarbeitens eines Anlernling wird oft die Antwort, daran hätte man nicht gedacht. Der Frage der Schulung im eigenen Betrieb sowie des Anlernens von Arbeitskräften für hochwertigere Arbeiten ist im Reichsgau noch nicht die Wichtigkeit beigemessen worden, die ihr an sich gebührt. Die Prüfungskommission hat auch hier in vielen Fällen aufklärend wirken können. Damit ist aber auch die Notwendigkeit erwiesen, jeden Betrieb durch genaue Einsichtnahme seitens der Kommission zu überprüfen.

Berücksichtigung der Eigenarten des Gebietes

Die Arbeitsweise der Kommission gewährleistet eingehende Würdigung aller denkbaren Betriebslagen. Wie schon oben gesagt, wird bei der Prüfung bezirksweise vorgegangen, so daß bestimmte strukturelle Eigenarten des jeweiligen Wirtschaftsgebietes vor Beginn der betrieblichen Einzelprüfungen schon eine abgegrenzte Arbeitsbasis bilden. Sodann werden bestimmte Betriebsgruppen dieses Bezirks überprüft, also z. B. zuerst alle metallverarbeitenden Betriebe, alle holzbe- und verarbeitenden Betriebe oder alle Ernährungsbetriebe. Bei dieser Arbeitsweise wird von vornherein der mögliche Einwand der Veränderung der Konkurrenzsituation der Betriebe untereinander ausgeschaltet. Im Betrieb selbst werden mit dem Betriebsführer die derzeitigen Produktionsaufgaben, die Auftragslage, statistische Daten durchgesprochen. Anschließend wird dann gegebenenfalls mit den Betriebsingenieuren, Meistern, Betriebsobmännern usw. der Arbeitsvorgang selbst, die Arbeitsplätze, sonstige Anlagen usw. eingehend besichtigt. Dieses Kenntnis des inneren Betriebes, seiner Organisation des Fertigungsverlaufes, seine maschinelle Ausstattung und vor allem der Ansatz der Arbeitskräfte sind unerlässliche Voraussetzungen für die anschließende Entscheidung über den Abzug von Arbeitskräften oder über die Aufrechterhaltung eines bereits bei der Arbeitseinsatzbehörde angemeldeten Kräftebedarfes und nicht zuletzt für die schwierige Entscheidung einer Betriebsstillegung oder für die Stillegung eines Bauvorhabens.

Gegenseitiges Verständnis ist notwendig

Wenn man die Ausgangstatsachen nochmals dahingehend zusammenfaßt, daß die Totalität des gegenwärtigen Krieges nur die Fortführung der Arbeiten gestattet, die unmittelbar der Beendigung des Krieges dienen und mittelbar die Erhaltung der Wehrkraft der Heimat gewährleisten, so wird die Bedeutung des „Arbeitseinsatzes“ erst in ihrem letzten Sinn offenbar. Andererseits wird klar, daß die vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition eingesetzten Prüfungskommissionen in der denkbar elastischen Weise arbeiten müssen. Kein Betriebsführer wird daher nach Lage der Dinge gegen den durch die Kommission gefaßten Entschluß, Arbeiterentzug, Arbeitszeitverlängerung, Mehrleistung oder Stillegung nachträglich berechtigte Einwendungen machen. Dazu ist während der Prüfung Zeit genug, diese Einwände hervorzuheben. Die Kommissionen bemühen sich praktisch überall, an Ort und Stelle das Einverständnis des Betriebsführers zu erlangen. Es darf hier hervorgehoben werden, daß die meisten Betriebsführer im Reichsgau Danzig/Westpreußen der mühseligen Arbeit der Unterkommissionen bisher das entsprechende Verständnis entgegengebracht haben. In manchen Fällen sind Entscheidungen in diesem Reichsgau nicht immer leicht zu fällen. Muß doch berücksichtigt werden, daß hier noch eine ungeheuerere Aufbauarbeit zu leisten ist, die nicht auf allen Gebieten ohne weiteres abstoppen ist. Andererseits ist aber auch klar, daß jeder seine nicht kriegsentscheidend wichtige Fertigung unter dem Begriff „Aufbauarbeit“ subsummieren könnte und dadurch das Ziel der Arbeit der Prüfungskommission verwässern würde. Es wird überall ein strenger, aber gerechter Maßstab angelegt. Wenn aber festgestellt wird, daß beispielsweise Zimmer- und Tischlerleute eines Betriebes schöne Hochglanzeßzimmer fertigen, daß in jener Werkstatt schmiedeeiserne Villenzäune oder sonstige Gebrauchsgegenstände hergestellt oder anderenorts bei Zement- und Brennmaterialeinsatzverbrauch in künstlerischer zeitraubender Handfertigung Ofenkacheln und Fliesen angefertigt oder daß endlich mit hohem Arbeits- und Materialaufwand Hotelhallen, Tanzsäle, Schwimmbäder usw. erstellt werden, um nur einige Beispiele herauszuheben, so ist das kriegswirtschaftlich nicht zu vertreten, auch nicht mit „Aufbau“ zu identifizieren.

Es werden überall Einschränkungen und Opfer gefordert. Wenn der Soldat die künftige Sicherheit des Reiches mit höchstem Einsatz und Opfern erkämpft, so wird die Heimat nicht abseits stehen.

Ostseehandel

Schweden

Rüstungsindustrie auf vollen Touren

Bei einer kürzlichen Rede des schwedischen Verteidigungsministers wurde zum Ausdruck gebracht, daß die schwedische Panzerwaffe sich in starker Entwicklung befindet. In erster Linie werden die gegenwärtigen Kriegserfahrungen ausgenutzt. Die schwedische Industrie ist seit Anfang September 1940 mit der Herstellung von Panzerstreitwagen beschäftigt. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Qualität der in Schweden konstruierten Panzerwagen den augenblicklichen Kriegsbedürfnissen nicht entspricht. Deshalb hat man sich veranlaßt gesehen, eine gründliche Reorganisation der betreffenden Fabriken, die sich mit der Herstellung dieser Panzerwagen befassen, vorzunehmen und vor allem neue Grundsätze für den Bau dieser Waffe zu entwickeln.

Ein großer Mangel bestand an leichten Panzerwagen. Es mußten zunächst entsprechende Konstruktionen geschaffen werden, weshalb man mit dem Ausland Verhandlungen über die Zurverfügungstellung von Lizenzen für leichte Panzerwagen führte. Nunmehr ist es zwischen dem schwedischen Verteidigungsministerium und verschiedenen Fabriken, die früher keine Panzerwagen herstellten, zu einer Vereinbarung gekommen, wonach diese sich bereitleisten, den Bedarf Schwedens in dieser Waffe zum Teil zu decken. Zeichnungen und Modelle hat man aus dem Auslande bekommen, so daß die Fabrikation aufgenommen werden kann.

Es sind Bestrebungen im Gange, auch schwere Panzerwagen zu bauen. Man hat im Laufe der Zeit größere Versuche gemacht, und hat nunmehr eine Konstruktion entwickelt, die den jetzigen Kriegserfahrungen entspricht. Die schwedische Armeeverwaltung dürfte in nächster Zeit größere Bestellungen auf schwere Panzerwagen an die entsprechenden schwedischen Fabriken erteilen.

Die Panzerabwehrwaffe hat man zum größten Teil im Ausland kaufen müssen. Doch ist man in letzter Zeit dazu übergegangen, in kleinerem Umfange diese Waffe im Inlande herzustellen. Auch die Produktion der Panzerabwehrwaffe soll in Schweden eine Steigerung erfahren.

Dies hat zur Folge, daß die Kapazität der Eisen und Stahl herstellenden Werke weiter in Anspruch genommen wird, da der Bedarf der Rüstungsfabriken für die schwedische Panzerwaffe recht erheblich sein wird.

Riesenvoranschlag für die Verteidigung

Bei den kürzlichen Besprechungen im schwedischen Finanzministerium wurden die Summen für die schwedische Verteidigung, die vorläufig in Frage kommen, wie folgt genannt:

500 000,— Skr. für die Marinewerft in Karlskrona,
180 000,— Skr. für die Eigenheime der Mitglieder des Västernorrland-Regiments,
28 875 000,— Skr. für Befestigungsanlagen.

Ferner 620 Mill. Skr. als einmaliger Betrag für vorgesehene Neupläne, sodann 750 Mill. Skr. für laufende Ausgaben. Die Exportgarantien wurden von 60 auf 100 Mill. Skr. erhöht.

Die Ostseeschifffahrt

Die Ausdehnung des Krieges nach Osten ist auf die Schifffahrt in der Ostsee nicht ohne Rückwirkung geblieben. Anfang bis Mitte Juni war der Schiffsverkehr in den verschiedenen Ostseehäfen recht lebhaft gewesen. Die Holzverschiffungen standen dabei im Vordergrund. Ab den süd- und westfinnischen Häfen ist die Schifffahrt infolge der Kriegereignisse inzwischen vollkommen zum Stillstand gekommen. Der Schiffsverkehr ab den verschiedenen finnischen bottnischen Häfen untersteht einer besonderen staatlichen Erlaubnis. Die schwedischen Häfen sind gegenwärtig einigermaßen besucht. Nach wie vor wird Holz und anderes Material verladen, und man hofft, daß die Gesamtschifffahrt mit der Zeit wieder lebhafter werden wird. Koks- und Kohlenladungen werden weiterhin nach Dänemark verschifft, und kleinere Verladungen in Salpeter von Norwegen sind ebenfalls vorgekommen.

Norwegen

Eine Million Tonnen Fisch im Jahr

Von unserem Dr. Gl.-Mitarbeiter in Oslo.

Die norwegische Küste ist 2500 Kilometer lang. Wenn man jedoch alle Einbuchtungen mitzählt, mit denen der Ozean tausendarmig ins Land hineingreift, so sind es 22 000 Kilometer — eine Strecke, größer als die Hälfte des Erdumfanges. Auf jeden Norweger entfallen somit über 70 Meter Küste und mehr als eine Schiffsraumtonne!

Natürlich spielt die Fischerei bei einem Volk, das durch seine geographische Lage so stark dem Meer verbunden ist, eine außerordentlich wichtige Rolle, wenn sie auch nicht mehr wie früher in der Außenhandelsbilanz an erster Stelle steht. Bei keinem zivilisierten Volk der Welt findet ein so hoher Prozentsatz seinen Lebensunterhalt im Fischereibetrieb. 1938 zählte man in Norwegen 125 000 Fischer, die eine Million Tonnen Fisch fingen.

Die wichtigsten Seefische sind Hering und Dorsch. Der Dorsch ist berühmt durch die fieberhaften Wettrennen der Lofotfischerei, bei der, um eine Ordnung in die vielen tausend Teilnehmer zu bringen, die Boote jeden Morgen auf ein besonderes Startzeichen zu den Netzen fahren. Der Hering wird im wesentlichen zu Konserven verarbeitet, der Dorsch zu Filets, Stock- und Klippfisch. Dann kommen Sprotten, Makrelen und Hummer, von dem in den Küstengewässern bis hinauf zum Polarkreis jährlich etwa eine Million Stück gefangen werden.

Einen beachtlichen Faktor stellt auch der norwegische Wal- und Robbenfang im Treibeis der nördlichen Arktis dar. Die Arbeit der Robbenschläger ist nichts für zartbesaitete Gemüter. Auf den Fangfeldern im Packeis werden die Robbeneltern durch wohlgezielten Kopfschuß auf 50 bis 100 Meter Entfernung getötet, und die Jungen werden mit Keulenschlägen betäubt und erst an Bord getötet. Die Eis-

meerfischer, die man im Hafen von Tromsø auf ihren kleinen Booten mit der weißen Ausgucktonne an der Mastspitze beobachten kann, sind wortkarge, harte Männer, denen die zweiundzwanzigstündige Polarwinternacht ebensowenig anhaben kann wie eine Überwinterung in einer elenden Fanghütte auf Spitzbergen, Jan Mayen oder Grönland.

Indessen schätzt man auch den Ertrag der norwegischen Süßwasserfischerei auf jährlich 4,5 Millionen Kronen. In den blauen Bergseen und Bächen haben Lachs, Forelle, Barsch, Hecht, Aal und Krebs ihre Heimstatt. Dem Lachs werden Treppen gebaut, um ihm die Flußauf-Wanderung zu den Laichplätzen an Wasserfällen und Stromschnellen zu erleichtern. Mit Gummistiefeln, Angel und Zelt zieht der Norweger oft zum Wochenende hinaus aufs Land, um sich die fetten Burschen aus dem reißenden Gebirgswasser zu ziehen und womöglich gleich über dem offenen Feuer zu dünsten oder zu rösten.

Trotz dieses natürlichen Reichtums des Landes war die Lage der norwegischen Fischer vor dem Kriege sehr schwierig. Bot doch England, der Hauptabnehmer, für zwanzig Kilo gebündelten Schellfisch ganze sechs Kronen! Heute tritt Deutschland als gutzahlender Hauptabnehmer vor allem für tiefgefrorene, schmackhafte und vitaminreiche Filets auf.

Intensivierung der Fischerei und der Fischindustrie, bessere Nutzung der Abfälle und Nebenprodukte und gesteigerter Export von Frischfisch nach Deutschland, das auch nach dem Krieg keinen Bedarf an Salz-, Klipp- und Stockfisch haben wird, sichern heute und in Zukunft dem norwegischen Fischer und Fischindustriearbeiter ein auskömmliches, menschenwürdiges Dasein und ein ständig wachsendes Volkseinkommen.

Die Finanzierung des Krieges

Ausgang September 1939 betrug die finnische Staatsschuld 4,1 Milliarden Fmk. Ende Mai 1941 waren die finnischen Ausgaben auf Grund des Krieges zwischen Finnland und Sowjetrußland und des darauf folgenden Friedens auf über 18 Milliarden Fmk. gestiegen. Gegenwärtig wird die finnische Staatsschuld auf 20 Milliarden Fmk. geschätzt. Hinzu kommen noch die Schadenersatzzahlungen für die Kriegsschäden. Finnland hat in dieser Hinsicht besondere Obligationen ausgegeben, die durch gewisse Zwangsmaßnahmen in Bezug auf die höheren Vermögen umgelegt werden. Unter Berücksichtigung dieser Anleihen stellt sich die finnische Staatsschuld auf ca. 30 Milliarden Fmk. Dieser Betrag erfordert eine Verzinsung von ca. 1,7 Milliarden Fmk., welche Summe bei den laufenden Budgets in Anrechnung kommt. Auf Grund des Kriegszustandes mit der Sowjetunion war Finnland nicht in der Lage, sich im Auslande nennenswerte Anleihen zu beschaffen. Es mußte die Kriegsfinanzierung

durch eigene Kraft durchführen, wodurch sich naturgemäß gewisse Mängel in der Valutabeschaffung ergeben. Außerdem war Finnland gezwungen, seinen Außenhandel infolge des Krieges vollkommen umzustellen. In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug der finnische Export etwa 1 Milliarde Fmk., während der Import 2 Milliarden Fmk. überstieg. Für das laufende Budgetjahr werden die Ausgaben auf ca. 19 Milliarden Fmk. geschätzt. Die Hälfte hiervon kann durch laufende Einnahmen gedeckt werden, während für die Deckung der anderen Hälfte Gelder durch Anleihen beschafft werden müssen. Die Teilnahme Finnlands an dem europäischen Krieg gegen den Bolschewismus wirft natürlich manche dieser Berechnungen über den Haufen.

Ausgang Mai d. J. war der Bestand der finnischen Bank (Finnlands Bank) an Gold und Valuten 1,46 Milliarden Fmk. Das bedeutet einen Rückgang im Verhältnis zum Jahre 1939 Ausgang Mai um 1,8 Milliarden Fmk.

Sowjet - Union

Die frühere Handelsflotte der U.d.S.S.R.

Als Seemacht spielten die Sowjets keine große Rolle, weil die an sich zwar ansehnliche Kriegsflotte durch die großen Entfernungen zwischen den Meeren, deren Anlieger die Sowjetunion ist, stark zersplittert ist und daher nur unter großen Schwierigkeiten an einer Stelle geschlossen eingesetzt werden kann. In einer ähnlichen Lage befindet sich die Handelsflotte, deren Umfang deshalb ebenfalls vielfach unterschätzt wird. Sie hatte den Schiffsverkehr auf vier großen, weit voneinander entfernten Meeresräumen zu besorgen, und zwar sind dies die Ostsee, das Weiße Meer, der Stille Ozean und das Schwarze Meer.

Sie befindet sich mit Ausnahme der kleinen Küstenfahrzeuge in Staatsbesitz, da es Privatpersonen gesetzlich verboten ist, Schiffe zu besitzen, deren Ladefähigkeit 15 t überschreitet oder deren Antriebsmaschinen mehr als 15 PS besitzen. Diese Vorschrift bezieht sich auch auf die Binnenschifffahrt.

Die Handelsschifffahrt wurde von folgenden acht staatlichen Reedereien betrieben:

1. die Baltic-Linie in Leningrad, 2. die nördliche Schifffahrtlinie in Archangelsk, 3. die Passagier- und Frachtlinie auf dem Schwarzen Meer in Odessa, 4. die Tanker-Linie auf dem Schwarzen Meer in Tuapse, 5. die Asowsche Linie in Rostow am Don, 6. die Sochi-Linie in Sochi am Schwarzen Meer, 7. die Kaspische Linie in Baku, 8. die Fernost-Linie in Wladiwostok.

Die Gesamtzahl der Schiffe betrug im Jahre 1939 717 Einheiten mit 1,316 Mill. BRT., von denen der größte Teil dem Verkehr auf dem Schwarzen Meer dient. Ihm widmen sich nämlich 150 Schiffe mit etwa 420 000 BRT., zu denen noch mit 28 Einheiten und 133 000 BRT. der weitaus größte Teil der russischen Tankflotte kommt. Die Baltic-Linie in Leningrad besitzt etwa 84 Schiffe mit rund 208 000 BRT. und die Fernost-Linie über 90 Schiffe mit rund 270 000 BRT.

Etwa der vierte Teil der Handelsflotte besteht aus Motorschiffen, deren Zahl zur Zeit etwa 140 Einheiten mit 346 000 BRT. umfaßt. Durchschnittlich hat also jedes dieser Schiffe knapp 2500 BRT. Die Mehrzahl der Handelsschiffe sind Dampfer mit einer Durchschnittstonnage von 1700 BRT. Die Vergrößerung der Flotte war weniger auf Neubauten als auf den Ankauf abgestoßener Auslandstonnage zurückzuführen. Infolgedessen ist das Durchschnittsalter recht hoch.

Das Ziel der sowjetischen Politik war, den Warenaustausch nach Möglichkeit auf dem Seewege und mit eigenen Schiffen durchzuführen. Bei der Einfuhr war das verhältnismäßig einfach. Es wurden etwa 90 v. H. der Einfuhr mit eigenen Schiffen befördert. Bei der Ausfuhr versagte aber wieder einmal die sowjetische Wirtschaft. Der Anteil an deren Beförderung beträgt nämlich nur ungefähr 15 v. H. Daraus, daß ihre Ausfuhr sich mehr auf Massengüter, ihre Einfuhr sich aber mehr auf hochwertige Industrieerzeugnisse erstreckt, ergibt sich, daß sie die Beförderung teurer Waren nach Möglichkeit ihrer eigenen Handelsflotte vorbehalten und die der billigen Massengüter anderen Ländern überlassen. Für diese hat sich daraus insofern eine schwierige Lage ergeben, als ihr Schiffsraum bei der Fahrt nach der Sowjetunion nur auf der Fahrt von dort nach ihrem Heimatlande, aber nicht in umgekehrter Richtung voll ausgenutzt wird. Allerdings müssen die Sowjets dies mit dem gleichen Nachteil für ihre Handelsflotte bezahlen. Aber vernünftige wirtschaftliche Überlegungen haben ja für die Moskauer Ausbeuter nie eine Rolle gespielt.

Um ihre Handelsschifffahrt zu fördern und ihrer Wirtschaft die Benutzung der billigen Wasserwege in denkbar weitestem Umfange zu ermöglichen, haben die Russen mehrere Kanäle gebaut oder geplant, die die verschiedenen Meere, deren Anlieger sie sind, miteinander verbinden oder es später tun werden. Da diese Bauten die Leistungsfähigkeit ihrer Handelsschifffahrt als Zubringer steigern müssen, so sollen sie hier kurz behandelt werden.

Die Pläne erstrecken sich über drei Kanalsysteme, von denen bezeichnenderweise bisher nur schon der in der Zarenzeit in Angriff genommene Wolga—Moskau-Kanal dem Verkehr übergeben worden ist. Das zweite Kanalsystem ist das des kürzlich begonnenen Wolga—Don-Kanals. Das dritte Kanalsystem endlich soll Rybinsk an der Wolga, nördlich Moskau, über den Onegasee an das Weiße Meer anschließen. Da dieser See wieder durch den Swir mit dem Lagodasee zusammenhängt, aus dem die Nawa in die Ostsee fließt, so wäre es nach der Durchführung dieser Pläne möglich gewesen, auf dem Wasserwege von der Ostsee und dem Nördlichen Eismeer und damit vom Atlantischen Ozean in das Schwarze und über die Wolga auch in das Kaspische Meer zu gelangen.

Dr. P. R.



Danziger Feuer-Sozietät

Öffentlich-rechtliche Sachversicherungsanstalt im Reichsgau Danzig-Westpreußen
DANZIG, Elisabethwall 9, Anruf Sammelnummer 227 51

Geschäftsstellen in:

BROMBERG Adolf-Hitler-Straße 71, Ruf 3825

ELBING, Bismarcksstraße 7, Ruf 2193

GOTENHAFEN, Herm.-Göring-Str. 18, Ruf 2411

GRAUDENZ, Getreidemarkt 20, Ruf 2083

THORN, Seglergasse 22, Ruf 1164

TIEGENHOF, Bahnhofstr. 157 b, Ruf 313

Das Büro wird rationalisiert*)

Studie von Prof. Dr. H. Linhardt, Münster i. W.

Wer heutzutage das Büro eines modern eingerichteten Unternehmens betritt, ist erstaunt von der Weitläufigkeit der Arbeitssäle, ist beeindruckt von der ruhigen Atmosphäre, in welcher Dutzende oder Hunderte von Angestellten arbeiten, ist überrascht von der Fülle mechanischer Einrichtungen und Hilfsmittel, welche der kaufmännischen Verwaltung zu Gebote stehen.

Bei näherem Zusehen wird der Beobachter am meisten staunen über die Unmenge organisatorischer Methoden, welche einem Unternehmen in seiner kaufmännischen Verwaltung an die Hand gegeben sind. Das Büro ist seit einiger Zeit von der neuen Rationalisierungswelle, die durch die deutsche Wirtschaft hindurchgeht, erfaßt worden. Die Unternehmer haben begriffen, daß die kaufmännische Verwaltungstätigkeit immerhin einen respektablen Teil von der gesamten Tätigkeit des Unternehmens umfaßt; man kann auch nicht länger die Augen davor verschließen, daß seit Jahrzehnten der relative Anteil der Angestellten an der Gefolgschaft von Industrieunternehmen wächst, daß also die kaufmännische Verwaltungsarbeit gegenüber der „produktiven“ Facharbeit in der Werkstatt relativ zunimmt. An der Zusammensetzung der Gefolgschaft aus Arbeitern und Angestellten kann man diese Tendenz ebenso ablesen wie an dem ziffernmäßigen Verhältnis der Fertigungskosten gegenüber den Verwaltungs- und Vertriebskosten.

Lange genug stand nur die Fabrik, d. h. die Fertigung in den Produktionsstätten im Lichtkegel organisatorischer Betrachtungen. Manchem Industriellen war der Sinn für die kaufmännische Verwaltung verschlossen, das Wort Büro ein Anstoß zum Aerger und die Figur des Buchhalters ein notwendiges Uebel. Erst die Totalität der Betriebsbetrachtung hat diese Einseitigkeit behoben und die kaufmännische Verwaltung enger an den Mittelpunkt des Betriebslebens herangerückt.

Viel Vorurteil und vorgefaßte Meinung mußten überwunden werden, ehe man sich der Einsicht öffnete, auch im Büro rationalisieren zu können. Man kann sehr viel Verständnis für die Auffassung des Industriekaufmanns haben, welcher unter Rationalisieren allerlei Mätzchen versteht, durch die der herkömmliche Lauf der Büroarbeit verlegt, die Arbeitsgewohnheit, welche zweifellos einen eigenen und sicheren Wert besitzt, gestört und das Personal von oben bis unten durcheinandergebracht wird, wobei der Erfolg höchst unbestimmt und nur der Aufwand sicher ist. Solche Vorstellungen beruhen darauf, die echte Rationalisierung mit äußerlichen Mitteln zu verwechseln. Eine Büro-rationalisierung besteht nicht aus Karteikästen, Bleistiftspitzmaschinen, Schreib-, Rechen-, Buchungs-, Vervielfältigungsmaschinen, sie kommt nicht dadurch zustande, daß man sehr viele Akten-schränke und Regale anschafft, sie äußert sich nicht in Aktenzeichen, Vordrucken und Registratursymbolen. Sie ist immer der geistige Gehalt,

welcher sich aus der Arbeitserfahrung, geläutert durch den kritischen Verstand, in dauernden Anordnungen und Arbeitsweisen niederschlägt.

Keine falschen Maßnahmen

Wie kann man nun aber die Vorteile einer Büro-rationalisierung wahrnehmen, ohne sich den Schäden falscher Maßnahmen auszusetzen? Man wird immer darauf achten müssen, das angestrebte Neue behutsam in das vorhandene Alte einzufügen, Stück für Stück aufzubauen, ohne Stückwerk zu machen. Das heißt also, jeder Neuerung muß ein umfassender Plan über die endgültige Gestaltung eines Betriebsteils wie des Büros zugrunde liegen unter Beachtung der Verbindungen dieses Betriebsteils zu allen übrigen Betriebsteilen. Nur wenn aus einer solchen totalen Einstellung heraus rationalisiert wird, kann in einem wohlüberlegten Zeitplan ein Teilstück nach dem andern hergenommen werden, bis schließlich das Ganze in seiner neuen und geschlossenen Form dasteht. Wie dann die Reihenfolge einzelner Maßnahmen aussieht — ob erst in der Buchhaltung oder Registratur oder in der Expedition, im Fertigwarenlager oder im Einkauf angefangen wird —, ist nebensächlich und hängt ganz von individuellen Umständen ab.

Ebenso nebensächlich ist im Grunde die Frage, ob ein Betrieb eine Rationalisierung seines Büros mit eigenen Kenntnissen oder unter Hinzuziehung freiberuflicher Organisationsfachleute durchführt. Nur sollte jeder Betrieb einen eigenen Fachmann haben, der imstande ist, die im Markt vorhandenen Organisationsmittel zu überschauen und auf die Brauchbarkeit im Betrieb hin zu beurteilen, der imstande ist, die vom freiberuflichen Organisator gemachten Vorschläge und Entwürfe vom Betriebsstandpunkt aus zu würdigen, am Leistungsniveau der Belegschaft zu messen und nach den vorliegenden Betriebszusammenhängen auszurichten. Auf keinen Fall sollte der Betrieb lediglich den Empfehlungen von Firmenvertretern folgen, so tüchtig diese auch — gerade in der Technik der Einführung und Umstellung — sein mögen, denn hierbei wird meist das Teuerste am lautesten empfohlen, wobei der Nutzungswert durch richtigen Gebrauch hinter dem Anschaffungswert einer Sache zu kurz kommt.

Der Prozeß der Rationalisierung im kaufmännischen Büro wird auch ganz davon abhängen, in welchem Zustand sich dieses vorher befindet. Im einen Fall sind jahrelange Unterlassungssünden endlich gutzumachen, im anderen Fall entspringt der Rationalisierungsplan den gesunden Bedürfnissen betrieblichen Wachstums; hier handelt es sich um Einschränkungen, dort um Erweiterungen von Verwaltungsaufgaben, hier müssen kaufmännische Angestellte eingespart, dort müssen sie neu eingesetzt werden.

Ausrichtung auf den Betrieb

Keinesfalls deckt sich der Begriff der Rationalisierung mit Ausdehnung und Erweiterung von Ge-

*) Vergl. den vorhergehenden Artikel vom Verf., Heft 12 vom 15. Juni 1941.

folgschaft, Abteilungen, Betriebsstellen und Arbeitsfunktionen; es kann sehr wohl sein, daß die Einschränkung und Vereinfachung, die Ersparnis von Arbeitskräften oder Kosten das Ziel einer Rationalisierungsmaßnahme bildet. Entscheidend ist die Angemessenheit von Betriebseinrichtung und Betriebsaufgabe. Im kleinsten wie im größten Betrieb wird ein gewisser Grundriß der vorhandenen Betriebseinrichtungen vorliegen, im kleinsten Betrieb vielleicht nur als geistige Uebersicht im Kopf des Betriebsinhabers, im größeren Betrieb wohl schon in Gestalt ausgeführter Organisations-schemata. Drei Gesichtspunkte für die Aufstellung eines organisatorischen Grundplans, welcher den Ausgangspunkt von Rationalisierungsmaßnahmen bildet, bieten sich als nützliche Helfer an: der räumliche, sachliche und persönliche Gesichtspunkt.

In räumlicher Hinsicht interessiert die Frage: Wo wird etwas gemacht? Aus der Beantwortung dieser Frage ergibt sich die Gliederung eines Unternehmens in Abteilungen und deren räumliche Zuordnung zueinander. Hierbei tritt die entscheidende Frage nach dem bestmöglichen innerbetrieblichen Standort auf. Ihre Beantwortung verlangt jeweils eine Entscheidung über die widerstreitenden Prinzipien der Zentralisation oder Dezentralisation. Richtet man eine Zentralregistratur oder eine Abteilungsregistratur ein, soll die Briefablage in den einzelnen Korrespondenzabteilungen oder in einer eigenen Registraturabteilung erfolgen, ist eine einzige Korrespondenzabteilung für alle übrigen Abteilungen das beste, oder sollen einige oder gar alle sonstigen Abteilungen ihre eigene Korrespondenz, so auch ihre eigene Buchhaltung und Registratur haben? Derartige Entscheidungen können nur aus dem Zusammenhang des ganzen Betriebes, niemals aus einem theoretischen Vorzug für das eine oder andere System getroffen werden. Unstreitbare Vorzüge gewisser Einrichtungen setzen in der praktischen Benutzung eine Sachkenntnis und Disziplin der Angestellten voraus, die nicht überall vorhanden ist. Die personellen Voraussetzungen sind bei jeder Entscheidung räumlicher Fragen (Lagerhaltung, Magazinverwaltung!) zu überlegen. Je höher das Leistungsniveau und die Zuverlässigkeit des einzelnen Angestellten ist, um so stärker läßt sich das dezentralisierte System einführen.

In sachlicher Hinsicht entscheiden die Grundfunktionen des Betriebes, die überall mit anderem Gewicht und Umfang auftreten, über den Ansatz der Rationalisierungsmaßnahmen. Mit den Grundfunktionen sind die Teilhandlungen: Einkauf, Verkauf, Lagerhaltung, Fertigung, Finanzierung, Investierung vorhanden. Hier muß jeder Betrieb erst ermitteln, welcher Arbeitsumfang mit den Grundfunktionen verknüpft ist. Eine Schiffswerft und Brückenbauanstalt hat für einen einzigen „Verkauf“ einige Tausende von einzelnen Einkaufsoperationen notwendig. Die Durchführung eines solchen Einzelauftrages liegt planmäßig nicht nur in den Arbeitshandlungen, sondern auch in den Stücklisten bis zum kleinsten Teilchen genau fest. In einem anderen Fall liegt der größte Arbeitsumfang beim Verkauf. Eine Teeimportfirma, eine Zigarrenfabrik kauft in normalen Zeiten auf einigen Auktionen den laufenden Bedarf für eine Jahresproduktion, aus welcher einige hunderttausend Einzelsätze sich ergeben.

Die Lagerung, welche sich zwischen Einkauf und Verkauf einschaltet, kann einen zeitlichen Zwischenraum von Tagen oder von Jahren ausmachen. Es kann sich hierbei um eine nur vorübergehende Aufbewahrung oder um eine komplizierte, geradezu wissenschaftliche Pflege und Behandlung eines wirtschaftlichen Gutes handeln, wie es z. B. bei Lebensmitteln, Rauchwaren und anderen Erzeugnissen der Fall ist.

Je nachdem, ob es sich um eine einfache oder komplizierte Fertigung handelt, ob eine stark vom Menschen und ausgebildeten Facharbeitern oder vorwiegend von der Mechanisierung geprägte Fertigungsweise vorliegt, gewinnt die Rationalisierung der Werkstatt andere Bedeutung. Hierüber soll ein besonderer Artikel folgen. Auch die Finanzierung und Investierung kann Gegenstand von Rationalisierungsmaßnahmen sein. Es kommt dabei vor allem auf die Aufstellung und Einhaltung von kurz- und langfristigen Plänen der Kapitalverwendung und Kapitalbeschaffung und auf die gegenseitige Abstimmung dieser Pläne an. Wehrwirtschaftliche und kriegswirtschaftliche Aufgaben der Betriebe haben der Finanzierungsseite und dem Investierungsproblem in den letzten Jahren eine neue Aktualität verliehen, obwohl die Finanzierung noch immer vorwiegend aus eigenen Mitteln bestritten wird.

Das Niveau der Gefolgschaft spricht mit

In personeller Hinsicht stellt sich die Frage nach der Vorbildung, Erfahrung und Altersgliederung der kaufmännischen Angestellten eines rationalisierenden Betriebes. Wenn das Personal überaltert ist, liegen sowohl für die Inangriffnahme wie auch für die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen starke Hemmnisse vor. Die Betriebsveteranen sträuben sich gegen Neuerungen, und der psychologische Grund liegt gewöhnlich in der Befürchtung persönlicher Geltungsverluste, die mit der Einführung neuer Systeme verbunden sind. Vom Betrieb aus gesehen ist es von entscheidender Wichtigkeit, psychologische Ursachen, welche gegen Rationalisierungsmaßnahmen wirksam werden, zu erkennen. Der Erfahrungsschatz altgedienter Einkäufer und Buchhalter, Abteilungsleiter und Prokuristen ist in jedem Fall für den Betrieb wertvoll, ihn durch eine Neuerung preiszugeben, wäre verkehrt. Der Wert leitender Angestellter liegt oft weniger in der Ausübung bestimmter Handlungen und der Beherrschung gewisser Fertigkeiten, als in den Beziehungen zu Lieferanten und Kunden, in der Vertrauenswürdigkeit, in charakterlichen und rein menschlichen Qualitäten. Dieser Wert darf bei organisatorischen Umstellungen nicht verletzt, Geltungsbedürfnis und Ehrgeiz der dienstältesten Angestellten dürfen nicht gekränkt werden. Es geht also darum, zwischen der alten Mannschaft und den neuen Methoden eine gute Verbindung und innere Angleichung herzustellen. Jeder Betrieb kennt das immer vorhandene Problem der Altersunterschiede und des Generationenwechsels. Neue zeitliche Methoden in der kaufmännischen Verwaltung bringen regelmäßig eine schärfere Arbeitsabgrenzung und weitere Spezialisierung, also auch eine Vertiefung des Abstandes zwischen der leitenden und der ausführenden Arbeit mit sich. Der Arbeitsinhalt des Einzelnen wird mit nur geringen Ausnahmen vereinfacht, verliert an Interesse und

Zusammenhang. Dafür muß auf andere Weise ein Ausgleich geschaffen werden.

Schließlich spielt bei allen grundsätzlichen Ueberlegungen in räumlicher, sachlicher und personeller Hinsicht der Zeitfaktor eine in ihrer Tragweite kaum zu überschätzende Rolle. Alles Arbeiten geschieht in der Zeit. Was in der Zeit geschieht und überhaupt menschlich beeinflussbar ist, kann durch die Zeit geordnet und gestaltet werden. Die Zeit ist für den Betrieb tatsächlich ein Gestaltungsfaktor. Darum gewinnt die Pünktlichkeit in der Ausführung einzelner Arbeitshandlungen, die Termin- und Fristgerechtigkeit eine so große Bedeutung, sie wird geradezu die Voraussetzung für die organisatorische Zerlegung und Wiedervereinigung betrieblicher Teilhandlungen. Der Zeitfaktor entwickelt sich so zum Maßstab für das organisatorische Niveau eines Betriebes. Je schärfer er zur Wirkung kommt, je genauer er eingesetzt und beachtet wird, um so höher entwickelt ist der organisatorische Stand eines Betriebes. Die „militärische Pünktlichkeit“ bleibt nach wie vor eine soldatische Tugend, die kaufmännische Pünktlichkeit ist ihre jüngere, aber durchaus ebenbürtige Schwester. Zeitmessung, Arbeitsplanung, Terminverfolgung sind äußere Erscheinungen, in denen der Zeitfaktor als gestaltendes Element erkennbar ist. Der Arbeitsplaner, der Terminverfolger, der Refa-Fachmann sind heute zu Berufen geworden, die ohne weitere Erläuterung im Zeitungsinserat täglich vorkommen.

Diese bescheidenen Ueberlegungen sollen mit

einem Hinweis auf die Mittel der Bürorationalisierung abschließen. Der mechanische Brieföffner und Briefschließer, die Frankiermaschine und Adressiermaschine, die innerbetrieblichen Transporteinrichtungen (Rohrpost, Seilpost), die Signalanlagen, die Schreib-, Rechen- und Buchungsmaschinen, die Vervielfältigungsapparate sind Werkzeuge einer modernen Bürotechnik. Zu ihrer richtigen Verwendung gehört aber erst die Ueberlegung ihres zweckmäßigen Einsatzes. So bedarf beispielsweise ein modernes Durchschreibesystem in der Buchhaltung der Aufstellung eines geeigneten Kontenrahmens, und dieser wiederum erfordert gewisse theoretische Kenntnisse der Kontierung und Gruppierung von Konten; ebenso erfordert die Einrichtung einer Betriebsabrechnung eine genaue Lagerverwaltung und Lagerbuchführung, eine zweckmäßige Lohnbuchhaltung und die Schaffung von Kostenstellen in der Fertigung. Immer überwiegt die geistige Herrschaft gegenüber dem Werkzeug. Allerdings muß der neuzeitliche Betriebsführer über das geeignete Werkzeug zur Ausführung seiner Büroarbeiten auch genügend Bescheid wissen, denn jedes Werkzeug ist schließlich auch nichts anderes als ein in der Form sichtbarer Gedanke, eine von anderen vorgeleistete geistige Arbeit. Die Rationalisierung im Büro soll die fremdgeleistete, geistige Arbeit durch Heranziehung und richtige Verwendung aller geeigneten Mittel mit der eigenen Erfahrung und Ueberlegung verbinden, um dadurch auch in der Verwaltung eine echte Steigerung der Leistung zu erzielen.

Sozialdienst der DWZ

Der Betrieb und seine Gefolgschafter

Während der vergangenen Jahre hat sich bereits in der Betreuung sowohl der Schwerbeschädigten aus dem Weltkriege als auch der Arbeitsopfer ein grundlegender Wandel vollzogen. Man läßt es heute nicht mehr dabei bewenden, diesen Volksgenossen durch eine Geldrente die drückendsten Sorgen und die materielle Lebensgestaltung zu nehmen. Die Betreuung macht es sich vielmehr zur Aufgabe, all diesen Menschen in der Gemeinschaft der Schaffenden einen Arbeitsplatz zuzuweisen. Nicht allein etwa deswegen, weil wir in Deutschlands angesichts der großen zu bewältigenden Aufgaben auf keine Arbeitskraft verzichten können, sondern weil Lebensmut und Lebenswille nur in dem Menschen kraftvoll sind, der weiß, daß er ein nützliches Glied der Gemeinschaft ist. Durch Arbeitseinsatz zum Selbstvertrauen und dadurch zur Lebensfreude. Nach diesem Grundsatz ist man bei der Betreuung der Versehrten und Arbeitsopfer vorgegangen.

Die Opfer, die das deutsche Volk in diesem Kriege zu bringen hat, sind dank der hervorragenden Führung und dank der guten Waffen, die das deutsche Volk seiner Wehrmacht in die Hand gibt, in geringen Grenzen geblieben. Unvermeidlich können sie freilich nicht gemacht werden. Daher ist es notwendig, bereits jetzt mit allem Nachdruck dafür Sorge zu tragen, daß die Soldaten, die in diesem Kriege ihre Gesundheit opfern, so bald als möglich als vollwertiges Glied in die Arbeitsgemeinschaft unseres Volkes gelangen.

Es sei an dieser Stelle nicht davon gesprochen, was bereits auf gesetzgeberischem Wege für die Betreuung kriegsversehrter Kameraden vorgesehen ist. Es sei auch nur am Rande vermerkt, daß bereits im Lazarett durch geeignete Maßnahmen begonnen wird, die Lebentüchtigkeit zu festigen.

Auch für den kriegsversehrten Arbeitskameraden gilt der allgemeine Grundsatz, daß er nach der Entlassung aus der Wehrmacht wieder in seinen alten Betrieb, an seinen alten Arbeitsplatz zurückkehrt, und daß auch sein Arbeitseinkommen, wenn es nur irgend möglich ist, nicht geringer wird. Was hat nun der Betrieb für diese Arbeitskameraden zu tun?

Nach dem vergangenen Weltkriege pflegte man zu fragen, was kann der Mann noch leisten? Heute muß es heißen: Was kann der Betrieb für diesen Mann tun? Bei der Lösung dieser Aufgabe kommt es dem Betriebe zustatten, daß er ja bereits während der vergangenen Jahre Erfahrungen sammeln konnte. Nicht weniger nützlich wird es bei der Bewältigung dieser Aufgabe sein, daß gerade in jüngster Zeit der vermehrte Einsatz von Frauen die Betriebsorganisatoren gezwungen hat, Rationalisierungsmaßnahmen und ebenso auch die Arbeitsplatzgestaltung unter Berücksichtigung der körperlichen Eigenart der Frau vorzunehmen.

Der Einsatz des versehrten Arbeitskameraden wird auf zwei Wegen gefördert werden müssen. Einmal wird durch sorgfältige Schulung und Übung die sichere Beherrschung der Arbeitstechnik

wiederzugewinnen sein. Bei Arbeitskameraden, die nicht an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren können, wird darauf Bedacht zu nehmen sein, in welchem Maße ihr berufliches Können und ihre Erfahrungen an anderer Stelle nützlich sein können. So gehört ein etwa körperbehinderter Bauarbeiter nicht von vornherein in ein Pfortnerhaus oder in die Anmeldung, sondern es wird nützlicher sein, ihn eventuell zum Bauzeichner oder zu ähnlichen Tätigkeiten umzuschulen.

Der andere zu beschreitende Weg ist der, daß bei der Arbeitsplatzgestaltung von den körperlichen Fähigkeiten des Gefolgschaftsmitgliedes ausgegangen wird. Hier vornehmlich tritt der

Grundsatz in Erscheinung, daß jegliche Rationalisierung vom Menschen her ihren Ausgang zu nehmen hat.

Ein Betrieb, der unter Beachtung dieser Gesichtspunkte die Einordnung versehrter Arbeitskameraden durchführt, kann zwei Dinge als Erfolg verbuchen. 1. Der Arbeitskamerad kann auf diese Weise wieder vollwertige Arbeit leisten. 2. Der Arbeitskamerad selbst, der weiß, daß er trotz seiner Versehrtheit vollwertige Arbeit zu leisten vermag, ist lebensfroh und fern jeder Verdrießlichkeit, die entweder ihn auf die Dauer der Betriebsgemeinschaft entfremden oder gar diese selbst stören würde.

Die Leipziger Messe und der Reichsgau Danzig-Westpreußen

Zur Reichsmesse Leipzig im Frühjahr 1941, die 6921 Aussteller zählte (davon 6300 aus dem Reich, der Rest aus dem Auslande), war die Beteiligung des Reichsgaues Danzig-Westpreußen als Aussteller noch verhältnismäßig gering. Dabei kann man im Reichsgau Danzig-Westpreußen eine größere Zahl messefähiger Industrie- und Handwerksbetriebe feststellen. Es ist eine Eigenart der Reichsmesse in Leipzig, daß hier die führenden Industriefirmen einer jeden Branche ihre Spitzenzeugnisse ausstellen. Niemand wird aber behaupten wollen, daß nicht auch im Reichsgau Danzig-Westpreußen eine große Zahl von führenden Betrieben der Fertigwaren-Industrie arbeitet. Dazu nimmt Danzig mit Recht für sich in Anspruch, der bedeutendste Hafenplatz des Ostseeraumes zu sein. So gibt es in diesem neu angegliederten Reichsgau eine blühende Holzindustrie, die die wertvollen Hölzer aus den Karpathenwäldern und selbst aus den russischen Wäldern in der Vorkriegszeit verarbeitet. Die bedeutende Werftindustrie des Gaues hat auch das Aufblühen vieler Maschinen- und Apparatebau-Betriebe gefördert und auf vielen anderen Gebieten nicht zuletzt in der Likör- und Branntwein-Fabrikation, Seifenfabrikation, in der Kristallschleiferei, haben Firmen im Reichsgau Danzig-Westpreußen ein umfangreiches Warenangebot zu bieten, das mit den Spitzenleistungen der Betriebe im alten Reichsgebiet wetteifern kann. Wenn zur Reichsmesse Leipzig im Frühjahr 1941 148 Holz- und Korbwarenfirmen aus dem übrigen Reichsgebiet ihre Waren zeigten, 314 Firmen Metallwaren und Bestecke usw., so sollten unter diesen Firmen die führenden Firmen des Reichsgaues Danzig-Westpreußen künftig nicht fehlen.

Man könnte einwenden, daß die Erzeugung der Industriefirmen des Gaues im Osten und vor allem in den neu angegliederten Ostgebieten abgesetzt werden könne. Das mag für die Kriegszeit richtig sein; ist es aber dann nicht eine Pflicht, schon jetzt für die kommende Friedenszeit die Verbindungen mit den Einkäufern aus aller Welt auf der Reichsmesse Leipzig aufzunehmen? Ist es nicht heute schon notwendig, daß sich die Betriebsführer und die Leiter der Großhandelsfirmen ein Bild davon machen, welche technischen und geschmacklichen Fortschritte auch während des Krieges in der verarbeitenden Industrie des Reiches erzielt worden sind? Wo aber wird ein umfassenderes Warenangebot zur Beschichtigung zur Verfügung gestellt als auf der Reichsmesse Leipzig? Gewiß haben andere Veranstaltungen ihre Spezialaufgaben, niemals werden sie aber die siebenhundertjährige Tradition der Reichsmesse in Leipzig mit ihrem umfassenden Warenangebot erreichen können. Das ist auch nach den Worten des Reichsministers Dr. Goebbels nicht ihre Aufgabe, weil sie in erster Linie regionale Veranstaltungen, also von Bedeutung für den durch ihre Standorte beherrschten engeren Wirtschaftsraum sind. Die neuen deutschen Ostgebiete haben aber die ganz besondere Aufgabe, den engen Anschluß zu der Wirtschaft des Reiches herzustellen, und um diese Aufgabe bewältigen zu können, dürfen Industrie, Handwerk und Handel des Reichsgaues Danzig-Westpreußen auf der Reichsmesse Leipzig vom 31. August bis 4. September nicht fehlen.

Wenn die Zahl der Aussteller der Reichsmesse Leipzig in keinem Kriege, den sie überstanden hat, wesentlich zurückgegangen ist, trotz der durch die Sicherung der Kriegswirtschaft bedingten Einschränkungen auf allen Gebieten, wenn die Erzeuger von Verbrauchsgütern in Leipzig immer wieder ihre Spitzenleistungen und ihre neuesten Muster zeigen, so muß auch der weitsichtige Handel des gesamten Groß-

deutschen Reiches und insbesondere der neuen Reichsgaue im Osten die Leipziger Messen gerade jetzt aufsuchen, um sich und seine Betriebe für den bevorstehenden Aufbau der Friedensarbeit vorbereiten zu können. Wer heute in Zeiten der kriegsverpflichteten Wirtschaft nach Leipzig fährt, weiß, daß nicht alle seine Wünsche erfüllt werden können, aber er weiß auch, daß er hier persönliche Beziehungen anknüpfen kann, die ihm die Möglichkeit geben, Lieferungen im kommenden Friedensgeschäft zu sichern. Das Punktscheckverfahren im ausgedehnten Rahmen der Textilwirtschaft gibt ihm die Möglichkeit, auch heute in Leipzig neue Lieferverträge abzuschließen, das Kontingentverfahren läßt es zu, auch in dem vielseitigen Gebiet der Metallwirtschaft neue Liefermöglichkeiten zu suchen. Dies gilt auch in anderen Wirtschaftszweigen, so z. B. für Glas-, Porzellan-, Steingut- und Tonwaren, für Holz- und Korbwaren, für Bürsten, Pinsel und sonstigen Hausrat, für viele Galanterie- und Schmuckwaren. Im Hinblick auf das Weihnachtsfest wird die Reichsmesse in Leipzig auch in diesem Herbst wieder ein umfangreiches und vielfach neuartiges Angebot an Spielwaren und anderen Geschenkartikeln zu bieten haben.

Wer den Entschluß faßt, durch die Leipziger Messehäuser zu wandern, wird staunen, wie viele Möglichkeiten findige Fabrikanten im Reiche gefunden haben, um aus den augenblicklich zur Verfügung stehenden Roh- und Werkstoffen leicht abzusetzende Waren herzustellen. Wenn man erst einmal persönlich das vollständige Lieferangebot der deutschen Wirtschaft auf einer Reichsmesse kennengelernt hat, dann wird man auch zugeben, daß noch viel mehr Liefermöglichkeiten bestehen, als man aus dem Schriftwechsel mit dem beschränkten Lieferkreis der vergangenen Jahre entnehmen konnte.

Der Endkampf um die Selbstbehauptung des deutschen Volkes im Osten wird die Verkehrsmöglichkeiten gerade auf den Strecken nach dem Osten für die Dauer der Herbstmesse noch stark in Anspruch nehmen. Die Reichsbahn und das Reichsmesseamt werden aber jedwede Vorkehrung treffen, um den Messebesuchern aus Danzig-Westpreußen die Reise nach der Reichsmessestadt und zurück in die Heimat reibungslos und bequem zu gestalten.

Bezeichnung der Stückgüter im Eisenbahnverkehr

Für die Beschaffenheit der Klebezettel und Anhänger zur Bezeichnung von Eil- und Frachtstückgut nach dem Deutschen Eisenbahn-Gütertarif Teil I A § 62 gelten von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt an ausschließlich die im Tarif- und Verkehrsanzeiger I 1941 Stück Nr. 22 (Verlag Julius Springer, Berlin W 9, Linkstraße 22/24) bekanntgegebenen „Vorschriften über die Beschaffenheit der Klebezettel und Anhänger für Eil- und Frachtstückgut“. Die Muster der Vordrucke entsprechen den bereits am 9. 2. 1940 mit Tarif- und Verkehrsanzeiger I 1940 Stück Nr. 14 eingeführten amtlichen Mustern. Von diesen Mustern darf künftig nur insoweit abgewichen werden, als dies in den genannten Vorschriften ausdrücklich zugelassen ist. Den neuen Vorschriften nicht entsprechende Vordrucke können nur bis zu dem noch zu bestimmenden Zeitpunkt aufgebraucht werden, der aber nicht vor dem 1. Oktober liegen wird.

Deutsche Reichsbahn
Reichsbahndirektion Danzig

Handelsregister für Danzig-Westpreußen

Danzig

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 134 vom 12. Juni 1941)

Neueintragung: Am 31. Mai 1941

A 171 Werner Trauthan, Danzig [Holzmarkt 15—16, Tabakwaren]. Geschäftsinhaber: Kaufmann Werner Trauthan, Danzig.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 139 vom 18. Juni 1941)

Neueintragungen: Am 7. Juni 1941

A 172 Heinrich Müller, Danzig [Langfuhr, Hochschulweg 12, Stauerei, Arbeitsmeisterei, Holzspedition, Klarierung, Lagerung, Versicherung]. Geschäftsinhaber: Kaufmann Heinrich Müller, Danzig-Langfuhr.

A 173 Victor Lehmann, Danzig [Weidengasse 35—38, Handelsvertretung]. Geschäftsinhaber: Handelsvertreter Victor Lehmann, Danzig.

A 174 Johannes Heldt, Danzig [Altstadt, Graben 31, Drogerie und Farbenhandlung]. Geschäftsinhaber: Fachdrogist Johannes Heldt, Danzig.

Am 9. Juni 1941

A 176 Alex Wermke, Holz-Groß- u. Einzelhandel, Danzig [Breitgasse 100]. Geschäftsinhaber: Kaufmann Alex Wermke, Danzig.

A 177 F. Woldemar Herings-Import, Danzig [Gr. Wollwebergasse 12]. Geschäftsinhaber: Kaufmann Arthur Graichen, Posen.

Am 11. Juni 1941

A 178 Karl Erdmann, Danzig [Stadtgraben 14, Großhandel mit Waren aller Art, insbes. Haushaltwaren]. Geschäftsinhaber: Kaufmann Karl Erdmann, Danzig. Einzelprokuristin: Ehefrau Charlotte Erdmann, Danzig.

Veränderungen: Am 31. Mai 1941

A 118 Wolltex Nachfolger Burchardt & Co. Kommanditgesellschaft, Danzig. Die Firma ist geändert in: Burchardt & Co. Kommanditgesellschaft.

A 143 Georg Schaad & Cie. vorm. Schaad & Woznik, Danzig [Gr. Mühleng. 5]. An Frl. Antonie Nikleniewicz, Frl. Paula Portée, beide in Danzig, ist Gesamtprokura derart erteilt, daß beide gemeinschaftlich die Firma vertreten.

Am 3. Juni 1941

A 392 Loewenapotheke und Adlerdrogerie Max Fleischer Nachf., Danzig [Langgasse 73]. Die Firma lautet jetzt: Löwenapotheke und Adlerdrogerie Erich Loeffler.

Am 4. Juni 1941

A 85 Dipl.-Ing. Adalbert Domsta Ingenieurbüro und Handelsvertretung, Danzig [Pfefferstadt 52]. Der Frau Anna Domsta geb. Choinicki in Danzig ist Prokura erteilt.

A 2791 Bruno Fasel, Fachdrogerie am Dominikanerplatz gegenüber der Markthalle und zur Markthalle, Danzig [Junkergasse 9]. Geschäftsinhaber ist jetzt der Fachdrogist Erich Eigner, Danzig. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Eigner ausgeschlossen. Die Firma lautet jetzt: Bruno Fasel Nachfolger Inhaber: Erich Eigner.

A 6066 Rösner & Tobolski, Danzig [Münchengasse 18]. Der Familienname des Gesellschafters Tobolski lautet jetzt: Tobler. Die Firma ist geändert in: Rösner & Tobler.

A 6101 Degner & Ilger Inhaber Percy Ilger, Danzig [Engl. Damm 1]. Dem Kaufmann Otto Kossel, Danzig, ist Einzelprokura erteilt. Dem Kaufmann Kurt Ehm und dem Kaufmann Otto Paleschke, beide in Danzig, ist Gesamtprokura erteilt.

Am 5. Juni 1941

A 80 Offene Handelsgesellschaft Schober & Hering, Danzig [Weidengasse 48]. In die Gesellschaft ist ein Kommanditist eingetreten. Die Kommanditgesellschaft hat am 1. April 1941 begonnen.

Am 3. Juni 1941

B 143 jetzt B 83 Langfuhrer Baugesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig [-Langfuhr, Adolf-Hitler-Str. 80]. Durch Beschluß vom 17. April 1941 ist das Stammkapital auf Grund der neu aufgestellten Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1940 unter Aufhebung der Eröffnungsbilanz zum 2. Januar 1940 auf 10000 RM erneut umgestellt und § 5 der Satzung entsprechend geändert. An Stelle des ausgeschiedenen Kurt Groth ist Assessor Karl Wunn, Danzig, zum Geschäftsführer bestellt.

B 647 A. Druckenmüller Danzig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig [-Langfuhr, Adolf-Hitler-Straße 225]. Friedrich Ganswich und Dipl.-Kaufmann Karl-

Heinrich Generlich, beide in Danzig, sind zu stellvertretenden Geschäftsführern bestellt.

B 2730 Evangelischer Gemeinschafts-Diakonieverband Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Danzig-Oliva, Danzig-Oliva [Ludolfiner Straße 29]. Durch den Gesellschafterbeschuß vom 21. März 1941 ist gemäß der Umstellungsverordnung vom 16. Januar 1940 das Stammkapital von 25000 Gulden auf Grund der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1940 auf 25000 RM umgestellt worden und sind Inspektor Eduard Arndt und Schwester Gertrud Berendt als Geschäftsführer abberufen und an ihre Stelle zu Geschäftsführern bestellt: 1. Inspektor Erich Dohne aus Vandsburg, 2. Schwester Frieda Kalkstein aus Danzig-Oliva.

Umwandlung: Am 3. Juni 1941

B 2273 Otto E. Weber, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig. Durch Gesellschafterbeschuß vom 1. April 1941 ist die Umwandlung der Gesellschaft auf Grund des Gesetzes vom 5. Juli 1934 und der Umwandlungsbilanz zum 1. Oktober 1940 durch Übertragung ihres Vermögens unter Ausschuß der Liquidation auf den alleinigen Gesellschafter, die offene Handelsgesellschaft Otto E. Weber in Radebeul, erfolgt. Die bisherige Firma ist erloschen und hier gelöscht.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Den Gläubigern der Gesellschaft steht es frei, soweit sie nicht Befriedigung verlangen können, binnen sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung Sicherheitsleistung zu verlangen.

Erloschen: Am 3. Juni 1941

B 1023 Danziger Aerolloyd Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig. Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen.

Veränderungen. Am 7. Juni 1941

A 109 Erich Schroeder Großhandel mit Hanferzeugnissen, Danzig [Langgarten 109]. Frau Margarete Schroeder geb. Wilhelm, Frau Ilse Lehmann geb. Schroeder und Dr. Walter Lehmann, sämtlich in Landsberg (Warthe), sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 15. April 1941 begonnen. Die Prokura des Wilhelm Richter, Danzig, ist erloschen.

A 172, jetzt A 175 H. E. Kucks, Praust [Danzig-Land]. Der Familienname des Firmeninhabers Otto Kabrowski lautet jetzt Karsten.

Am 9. Juni 1941

A 6081 Offene Handelsgesellschaft Voß & Ziemann, Danzig [III. Damm 13]. Die Gesellschaft ist mit Wirkung zum 31. Dezember 1940 aufgelöst. Der Tapeziermeister Gustav Ziemann, Danzig, ist nunmehr Alleininhaber. Die Firma lautet jetzt: Gustav Ziemann, Tapezierbedarf.

Am 11. Juni 1941

A 3038 Karl Rodzis, Danzig [Theaterplatz 11]. Der Familienname des Geschäftsinhabers ist geändert in Roden. Die Firma lautet jetzt: Karl Roden.

A 6136, jetzt A 179 Offene Handelsgesellschaft „Falagro“ Farben- und Lacke-Großhandlung Alfons Zawadzki und Heinz Makowski, Danzig [Hopfengasse 31]. Die Familiennamen der persönlich haftenden Gesellschafter sind geändert, und zwar Zawadzki in „Zadler“ und Makowski in „Makolt“. Die Firma lautet nunmehr: „Falagro“ Farben- und Lacke-Großhandlung Alfons Zadler und Heinz Makolt.

Veränderungen: Am 7. Juni 1941

B 2050 Timber-Transit Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig. Die Bestellung des Verwalters Seydel ist aufgehoben.

B 2877 Danziger Heringsfischerei Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig [Langgarten 97—99]. Hellmut Leiding ist als Geschäftsführer ausgeschieden und an seiner Stelle der Generaldirektor Robert Ahlf, Cuxhafen, zum Geschäftsführer bestellt.

Am 11. Juni 1941

B 2890 jetzt B 84 Hotelbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig [Wiebenwall 3—4]. Durch Beschluß vom 27. Februar 1941 ist das Stammkapital auf Grund der Umstellungsverordnung vom 16. Januar 1940 auf 700000,— RM umgestellt und die Satzung entsprechend geändert.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 151 vom 2. Juli 1941)

Neueintragungen. Am 24. Juni 1941.

A 181 Fritz Lietzau Techn. Büro, Danzig [-Langfuhr, Am Johannisberg 16/17]. Geschäftsinhaber: Kaufmann Fritz Lietzau, Danzig.

A 182 Karl Dierkes, Unternehmen für Planung und Ausführung von städtischen Wasserwerken, Wasserrohrnetzen, Fernwasserleitungen, Oelleitungen sowie für Anlagen zur landwirtschaftlichen Verwertung städtischer Abwässer, Königsberg, Zweigniederlassung Danzig, Danzig [Altstadt, Gra-

ben 12/13]. Sitz Königsberg (Pr.). Geschäftsinhaber: Zivilingenieur Karl Dierkes, Königsberg (Pr.). Dem Bruno Schaefer in Danzig ist für die Zweigniederlassung Danzig Prokura erteilt.

Veränderungen. Am 24. Juni 1941.

A 3003 „Saturn“ Danziger Marzipanmassen- und Cacao-Fabrik Ewald Doering, Danzig [Thornscher Weg 11d]. Einzelprokurist ist Erich Doering, Danzig.

Am 21. Juni 1941.

B 212 A. W. Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig [Lastadie 37/38]. An Stelle des verstorbenen Regierungsbaumeisters a. D. Otto Müller ist der Ingenieur Felix Lange, Danzig-Oliva, zum alleinigen Geschäftsführer bestellt. Die Prokura des Albert Maier ist durch Tod, die Prokura des Felix Lange durch seine Bestellung als Geschäftsführer erloschen. Dem Walter Witzki, Danzig, und dem Fräulein Else Sapia, Danzig-Neufahrwasser, ist Gesamtprokura derart erteilt, daß beide gemeinschaftlich die Firma vertreten.

Am 25. Juni 1941.

B 15 Gemeinnützige Wohnstättengesellschaft Danzig-Westpreußen mit beschränkter Haftung, Danzig [Altstadt-Graben 4]. Durch Gesellschafterbeschluß vom 26. Februar 1941 ist das Stammkapital um 5000 RM auf 55000 RM erhöht. Locher ist als Geschäftsführer abberufen und Direktor Ernst Preuß, Zoppot, zum Geschäftsführer bestellt.

B 1347 Ika, Danziger Schuh-Aktiengesellschaft, Danzig. Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 29. Mai 1941 ist die Fortsetzung der Gesellschaft beschlossen und sind die Satzungsbestimmungen über den Aufsichtsrat geändert worden nach Maßgabe dieses Beschlusses. Vorstandsmitglieder sind: Konstantin Balaszekul in Berlin-Charlottenburg, Vorsitz; Erich Franz, Danzig, und Kurt Harsdorff, Danzig, stellvertretendes Vorstandsmitglied. Prokuristen sind: Hans Jeremie, Danzig, und Dorothea Grünke, Danzig-Langfuhr, mit der Maßgabe, daß sie zur Vertretung der Gesellschaft zusammen mit einem Vorstandsmitglied bzw. einem stellvertretenden Vorstandsmitglied berechtigt sind.

Erloschen. Am 25. Juni 1941.

B 137 Haus- und Baugesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 157 vom 9. Juli 1941)

Neueintragung. Am 3. Juli 1941.

A 183 Reederei Otto Hans Gottemeyer Binnenschiffahrt, Fracht- und Schleppschiffahrt, Danzig [Melzergasse 2]. Geschäftsinhaber: Otto Hans Gottemeyer, Danzig.

A 184 Max Mehl, Danzig [Hundegasse 99. Handelsvertretungen]. Geschäftsinhaber: Kaufmann Max Mehl, Danzig.

Veränderung. Am 1. Juli 1941.

A 5466 Offene Handelsgesellschaft Zils & Stansen, Danzig [Jopengasse 68]. Der Gesellschafter Johannes Zils ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft wird mit seiner Witwe, Frau Nina Zils geb. Brunies, Zoppot, als persönlich haftende Gesellschafterin nach Ausscheiden der Miterbin Fräulein Marianne Zils, Zoppot, mit dem Gesellschafter Ernst Stansen fortgesetzt.

Erloschen. Am 30. Juni 1941.

A 62 Erwin Falck Sperrholz- und Holz-Export-Import, Danzig. Die Firma ist erloschen. Die Zweigniederlassung in Gotenhafen ist aufgehoben.

Am 3. Juli 1941.

A 5012 Wirtschaftshilfe Schidlitz -- Johann Behrendt, Danzig-Schidlitz. Die Firma ist erloschen.

Neueintragung. Am 2. Juli 1941.

B 85 Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Osten, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Danzig [Am Hagelsberg]. Die Satzung ist am 4. April 1941 festgestellt. Gegenstand und Zweck des Unternehmens ist der Bau und die Betreuung von Kleinwohnungen im eigenen Namen. Das Unternehmen darf nur die im § 6 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes vom 29. Februar 1940 und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 23. Juli 1940 bezeichneten Geschäfte betreiben. Das Stammkapital beträgt 1000000 RM. Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrats einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind zwei oder mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Die Zeichnung für die Gesellschaft geschieht unter der Firma unter Hinzufügung der Namensunterschrift der zur Vertretung Berechtigten. Geschäftsführer sind: Reichsbahnrat Hellmut Kasel in Zoppot und Reichsbahnoberspektor Emil Schulz in Danzig-Langfuhr.

Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Von der Gesellschaft ausgehende Bekanntmachungen erfolgen in der „Zeitschrift für Wohnungswesen“. Sind Bekanntmachungen in diesem Blatte nicht zu erreichen, so werden sie im „Deutschen Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

Erloschen. Am 28. Juni 1941.

B 2808 Verwertungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Zoppot.

Dt. Eylau

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 147 vom 26. Juni 1941)

Veränderung. Am 13. Juni 1941.

A 437 Erwin Schwesig, Deutsch Eylau.

Die Firma lautet fortan: Gertrud Gaebler vorm. Erwin Schwesig. Geschäftsinhaberin ist Gertrud Gaebler in Deutsch Eylau.

Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei der Pachtung des Geschäfts durch Gertrud Gaebler ausgeschlossen.

Genossenschaftsregister

Danzig

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 144 vom 24. Juni 1941)

Neueintragung: Am 17. Juni 1941

10 Gn.-R. 285 Transportgenossenschaft zu Danzig, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Danzig [Dominikswall 7]. Statut vom 25. April 1941. Gegenstand des Unternehmens: Der Transport, das Schleppen und die Lagerung von Gütern aller Art für gemeinschaftliche Rechnung durch Fahrzeuge der Mitglieder oder betriebs-eigene Fahrzeuge sowie die Erledigung aller sonstigen damit zusammenhängenden Schifffahrtsgeschäfte. Der Geschäftsbetrieb kann auch auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden. Die Stellung von Schiffen und sonstigen Einrichtungen zur Ausübung des Fracht- und Schleppgeschäfts und die Beteiligung an anderen Schifffahrtsgeschäften und Unternehmungen, die Vertretung der Mitglieder in allen Lohn- und Arbeitsfragen

Gelees und Marmeladen selbst bereiten nach bewährten Rezepten



Rhabarbergelee

Saft: 1 1/2 kg (1500 g) Rhabarber, 750 g (3/4 l) Wasser.

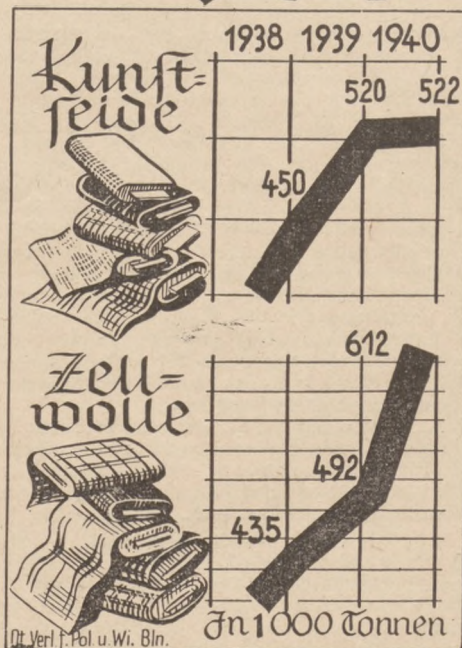
Gelée: 900 g Rhabarbersaft, 1 Großbeutel Dr. Oetker „Gelier-Hülfe“, 900 g Zucker.

Kirschmarmelade

1 3/4 kg (1750 g) Kirschen (entstielt, entsteint gewogen), 1 Großbeutel Dr. Oetker „Gelier-Hülfe“, 1 3/4 kg (1750 g) Zucker, Saft von 2 Zitronen oder 2 Eßl. Speiseessig. Die Herstellung erfolgt nach der auf dem Großbeutel gegebenen Anweisung.

mit Dr. Oetker Gelier-Hülfe

Welterzeugung



Die Welterzeugung an Kunstseide und Zellwolle im Jahre 1940

Bereits im Jahre 1939 hat die Erzeugung an Kunstseide und Zellwolle zum ersten Male den Stand von 1 Million Tonnen überschritten. Diese aufwärtssteigende Kurve hat sich auch im Jahre 1940 fortgesetzt und eine Höhe von 1,134 Millionen Tonnen erreicht. Von besonderem Interesse ist es dabei, daß diese Steigerung in erster Linie der Erzeugung von Zellwolle zu verdanken ist, die im Jahre 1940 erstmalig die Erzeugung von Kunstseide beträchtlich übertroffen hat. Dagegen ist die Kunstseidenerzeugung gegenüber 1939 ziemlich unverändert geblieben. Der Ausbau der Erzeugungskapazitäten für Zellwolle ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen, so daß auch in den nächsten Jahren mit weiteren Produktionssteigerungen gerechnet werden kann. Insbesondere Deutschland, Italien und Japan sind auf den Ausbau ihrer Zellwollindustrie bedacht, um die nationale Unabhängigkeit in ihrer Textilrohstoffversorgung zu erreichen.

und die Berechtigung zum Abschluß von Tarifverträgen, Beteiligung der Transportgenossenschaft an anderen Verbänden oder Einrichtungen für sich und ihre Mitglieder zur gleichmäßigen Behandlung gemeinsamer Fragen, Ankauf oder Einrichtung von Schiffswerften zum Neu- und Ausbau von Fahrzeugen der Genossen.

Veränderung:

10 Gn.-R. 243 Baugenossenschaft „Krantor“ eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Danzig. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 26. Mai 1941 ist die Satzung geändert und neu gefaßt. Gegenstand des Unternehmens ist nunmehr der Bau und die Betreuung von Kleinwohnungen im eigenen Namen. Der Gegenstand des Unternehmens ist auf den Geschäftsbetrieb innerhalb des Bezirks der Stadtgemeinde Danzig beschränkt. Soweit die Genossenschaft vor dem 1. Januar 1941 Wohn- und Siedlungsgrundstücke außerhalb des Bezirks der Stadtgemeinde Danzig errichtet hat, erstreckt sich auch der Geschäftsbetrieb auf diese im Eigentum oder in der Verwaltung der Genossenschaft befindlichen Vermögenswerte. Der Zweck des Unternehmens ist ausschließlich darauf gerichtet, den Mitgliedern zu angemessenen Preisen gesunde und zweckmäßig eingerichtete Kleinwohnungen im Sinne des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und seiner Durchführungsvorschriften zu verschaffen. Das Unternehmen darf nur die in § 6 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und in den Durchführungsvorschriften bezeichneten Geschäfte betreiben.

Dt. Eylau

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 139 vom 18. Juni 1941)

In unserer Genossenschaftsregister ist heute bei der unter Nr. 22 eingetragenen Elektrizitäts-Genossenschaft Montig, e. G. m. b. H., Montig, folgendes eingetragen: Die Genossenschaft ist durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. Februar 1941 aufgelöst. Die bisherigen Vorstandsmitglieder, die Bauern Hermann Hinz und Arthur Pasewark, beide aus Montig, sind Liquidatoren.

Deutsch Eylau, den 5. Juni 1941.

Das Amtsgericht

Kurzmeldungen

Deutsche Ostmesse 12. bis 15. Oktober 1941

Um der veränderten Lage im Osten Rechnung zu tragen, hat das Meßamt Königsberg im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen die 29. Deutsche Ostmesse in Königsberg, die für den 17. bis 20. August vorgesehen war, auf den 12. bis 15. Oktober 1941 verlegt. Die Deutsche Ostmesse findet zu diesem Termin in vollem Umfange als Internationale Warenmustermesse, Technische und Baumesse, Landwirtschafts- und Handwerksausstellung statt. Auch das Ausland ist mit zahlreichen Ausstellungen vertreten.

Textilindustrie im Warthegau

Im Industriegebiet von Lods gab es Ende 1938 nach einer Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt insgesamt 3493 Textilbetriebe. Da der Wirtschaftsraum von Litzmannstadt heute den wirtschaftlichen Mittelpunkt des Warthelandes darstellt, so bedeutet die vorgenommene Auskämmung, die alle unwirtschaftlich arbeitenden Betriebe ausschied, eine Gesundung der Industrie in diesem Gau. Insgesamt blieben noch 300 größere und gut arbeitende sowie technisch entsprechend eingerichtete Textilbetriebe bestehen. Die große Zahl der unwirtschaftlichen und schlecht zu überwachenden Klein- und Kleinstbetriebe verschwand in kurzer Zeit. Vom Standpunkt der Gewerbeaufsicht ist die grundsätzliche Frage von Bedeutung, ob nach Kriegsende mit einer Erhaltung oder Erweiterung der Textilindustrie zu rechnen ist. Vorläufig ist damit zu rechnen, daß die Textilindustrie von Litzmannstadt auf lange Zeit beschäftigt sein wird, um den bei der Hebung des Lebensstandards im Warthegau erhöhten Bedarf an Textilwaren decken zu können. Früher versorgte diese Textilindustrie den gesamten Bedarf Polens, der allerdings auf den Kopf der Bevölkerung nur 4,72 kg jährlich ausmachte gegenüber einem Verbrauch im Altreich von 15,8 kg.

Bücher

„Die Preisbildung in der Eisenwirtschaft“, von Oberregierungsrat Dr. H. Dichgans. Verlag Stahleisen m. b. H., Düsseldorf. RM 6,40.

Die neuen Bestimmungen über die Eisenpreise, die für die deutschen Ostgebiete und die dort ansässigen Industrien von Wichtigkeit sind, werden hier aus berufenem Munde erläutert, wobei der Verfasser auch auf die Grundzüge des allgemeinen Preisrechts eingeht und die Neufestsetzung der Eisenpreise in die große Linie der allgemeinen Preisbildung einbaut. Ein besonderes Kapitel behandelt die Preisvorschriften für die angegliederten Gebiete. Für den Osten wichtig sind die Ausführungen über die Eisenfrachtgrundlage. Der Verfasser referiert über dieses Thema, ohne eine eigene Stellungnahme abzugeben. Es ist bekannt, daß über die Frage der Frachtgrundlage für Eisen noch immer nicht eine einheitliche Meinung erzielt worden ist. Den Abschluß bilden verschiedene Erlasse, die im Wortlaut angeführt werden, sowie ein Stichwortverzeichnis. Die Arbeit ist sehr instruktiv gehalten.

„Wie ermittelt der Betrieb das betriebsnotwendige Kapital und die verbrauchsbedingte Abschreibung?“, von Dr. K. Schwantag und Erich Wagner. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg. RM 2,—.

An dreißig Beispielen aus der Praxis und drei Schaubildern wird dieser Zweig des betrieblichen Rechnungswesens in einer schmalen Broschüre erörtert. Die Erörterung geschieht unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung im Interesse einer volkswirtschaftlich gerechtfertigten Preisbildung.

Edgar Sommer.

Wirtschaft und Steuer

Mitteilungen über Steuer- und Zollfragen der Wirtschaft in Danzig-Westpreußen

Kinderbeihilfe

Von Obersteuerinspektor Winkelmeyer beim Oberfinanzpräsidium Danzig.

Zweck der Kinderbeihilfe ist die Förderung gesunder, gemeinschaftswürdiger, kinderreicher deutscher Familien. Der Zweck wird dadurch erreicht, daß dem Haushaltsvorstand für jedes beihilfefähige Kind monatlich eine Kinderbeihilfe von 10 RM gewährt wird, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Leider sind die hierzu ergangenen gesetzlichen Bestimmungen immer noch nicht genügend bekannt, und leider können auch die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern zu wenig Auskunft geben. Deshalb sei kurz auf folgendes hingewiesen:

Die Gewährung von Kinderbeihilfe setzt voraus:

1. die deutsche Volkszugehörigkeit des Haushaltsvorstandes. Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieser Bestimmung ist, wer seinem Blut nach von deutschen Vorfahren abstammt und sich innerlich zum Deutschtum bekennt;
2. unbeschränkte Einkommenssteuerpflicht des Haushaltsvorstandes;
3. eine Mindestzahl von haushaltszugehörigen Kindern. Kinderbeihilfe wird in der Regel vom dritten Kinde ab gewährt, wenn drei und mehr förderungsfähige minderjährige Kinder zum Haushalt des Haushaltsvorstandes gehören. Nur in Ausnahmefällen kann Kinderbeihilfe auch bei weniger als drei förderungsfähigen Kindern gewährt werden; dann nämlich
 - a) wenn der Haushaltsvorstand zu mindestens 85 v.H. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt ist oder eine Pflegezulage, eine erhöhte Verstückelungszulage oder eine Rente für Arbeitsverwendungsunfähige bezieht;
 - b) wenn Haushaltsvorstand eine alleinstehende Frau ist. Dazu gehören verwitwete, geschiedene, dauernd von ihrem Ehemann getrennt lebende oder ledige Frauen;
 - c) wenn zum Haushalt Kinder einer alleinstehenden Frau oder Vollwaisen gehören.

Kinderbeihilfe wird jedoch immer nur für solche Kinder gewährt, deren Vater bekannt ist.

Kinderbeihilfe wird nur für minderjährige Kinder gewährt, die zum Haushalt des Haushaltsvorstandes gehören. Dies ist dann der Fall, wenn die Kinder bei einheitlicher Wirtschaftsführung unter Leitung des Haushaltsvorstandes seine Wohnung teilen. Jedes Kind kann grundsätzlich im Sinne der Gesetzesvorschriften nur einem Haushalt angehören.

Die Kinder können sich aber auch mit Einwilligung des Haushaltsvorstandes außerhalb seiner Wohnung entweder zur Erziehung oder Ausbildung, zum Besuch von Verwandten oder zur Erholung im In- oder Ausland aufhalten. Es gelten als haushaltszugehörig stets

minderjährige Angehörige des Reichsarbeitsdienstes bis zum außerplanmäßigen Truppführer oder bis zur außerplanmäßigen Gehilfin,

minderjährige Angehörige der Wehrmacht bis zum Gefreiten (nicht Obergefreiten, Stabsgefreiten usw.) oder bei Fahnenjunkern bis zum Oberfähnrich,

minderjährige Angehörige der SS-Verfügungstruppe bis zum SS-Mann,

minderjährige Mädchen, die das Pflichtjahr ableisten,

minderjährige Mädchen, die zur Wohlfahrtspflege im Rahmen des Frauenhilfsdienstes tätig sind,

Finanzschüler, auch wenn sie sich außerhalb des Haushalts der Eltern befinden,

Kinder, die in der Land- oder Forstwirtschaft arbeiten oder die in der Hauswirtschaft als Hausgehilfinen tätig sind und nicht mehr zum Haushalt des Haushaltsvorstandes gehören.

War ein Kind durch die Begründung eines Arbeitsverhältnisses aus dem Haushalt des Haushaltsvorstandes ausgeschieden und wird es zum Arbeitsdienst oder zur Wehrmacht eingezogen, so wird es wieder haushaltszugehörig und damit wieder förderungsfähig.

Als haushaltszugehörig gelten Kinder grundsätzlich dann nicht mehr, wenn sie sich des Erwerbs wegen außerhalb des Haushalts aufhalten. Auch dienstverpflichtete Kinder befinden sich in einem Arbeitsverhältnis; sie gelten nicht als haushaltszugehörig, wenn sie den Haushalt der Eltern nicht mehr teilen, wie z. B. Nachrichtenhelferinnen.

Die Haushaltszugehörigkeit entfällt stets, wenn das minderjährige Kind heiratet. Die Tochter begründet durch ihre Heirat mit ihrem Ehemann einen eigenen Haushalt. Sie kann nicht mehr zum Haushalt des Vaters gerechnet werden, selbst wenn sie sich noch im Haushalt des Vaters aufhält.

Kinderbeihilfe wird nicht gewährt für volljährige Kinder, für Kinder, die gestorben sind, für Kinder, die der Wehrmacht oder dem Arbeitsdienst angehören und einen höheren Dienstgrad als Gefreiter oder Oberfähnrich haben.

Die Gewährung der Kinderbeihilfe ist an keine Einkommens- oder Vermögensgrenze gebunden.

Kinderbeihilfe wird auch dann gewährt, wenn Lohn- oder Gehaltsempfänger bereits Kinderzuschläge oder Kinderzulagen als Teil ihres Arbeitseinkommens beziehen.

Die Anmeldungen zum Bezug der Kinderbeihilfe waren spätestens am 30. Juni 1941 einzureichen, wenn Kinderbeihilfe ab 1. Januar 1941 gezahlt werden sollte. Diese Frist hat der Reichsminister der Finanzen mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse bis zum 30. September 1941 verlängert. Für die Gewährung der Kinderbeihilfe ab 1. Januar 1941 ist jedoch erforderlich, daß alle Voraussetzungen bereits am 1. Januar 1941 erfüllt waren. Wird z. B. das dritte förderungsfähige Kind am 15. Juli 1941 geboren und reicht der Haushaltsvorstand die Anmeldung im August 1941 ein, so wird Kinderbeihilfe frühestens ab 1. Juli 1941 gewährt.

Nochmals: Vermögensteuerveranlagung in den eingegliederten Ostgebieten

Ein neuer Runderlaß des Reichsministers der Finanzen

Von Regierungsrat Raabe, Oberfinanzpräsidium Danzig-Westpreußen.

In Abschnitt A 2 des Aufsatzes, der in der Danziger Wirtschaftszeitung vom 1. Juli 1941 auf Seite 339 pp. veröffentlicht ist, ist darauf hingewiesen, daß sich bei einem Landwirt die Vergünstigung nach § 15 OstV nicht auf Bargeld, Guthaben und Forderungen erstreckt. In einem neuen Erlaß vom 6. Juni 1941 (Reichssteuerbl. S. 425) hat sich der RdF damit einverstanden erklärt, daß auch solche Zahlungsmittel, Forderungen, Wertpapiere usw., die wirtschaftlich zum landwirtschaftlichen Betrieb gehören, in die Vergünstigung eingeschlossen werden. Der als Beispiel gebrachte Fall ist deshalb jetzt wie folgt zu entscheiden:

Hilfswert 300 000 RM + 75 000 RM Bargeld und Forderungen abzüglich 125 000 RM Schulden = 250 000 RM. Wenn hiervon nach § 15 OstV 250 000 RM gekürzt werden, verbleibt ohne Rücksicht

auf die Höhe der Familienermäßigungen in keinem Falle ein steuerpflichtiges Vermögen.

Würden allerdings in dem Beispielsfall statt der 75 000 RM nur 10 000 RM Bargeld oder Forderungen vorhanden sein, die mit dem landwirtschaftlichen Betrieb in Zusammenhang stehen, und die überschießenden 65 000 RM in einer Hypothek aus dem Verkauf eines städtischen Grundstücks bestehen, so würde sich die Rechnung wie folgt stellen:

Hilfswert 300 000 RM + 10 000 RM Bargeld — 125 000 RM Schulden = 185 000 RM. Nur in dieser Höhe könnte dann die Vergünstigung nach § 15 OstV ausgenutzt werden. Es verbleiben dann 65 000 RM, die nicht steuerbegünstigt sind und je nach der Höhe der Familienermäßigungen eine Spitze als zu versteuerndes Vermögen.

Lohnsteuer und Bürgersteuer der ausländischen Arbeitnehmer

Im Reichsgau Danzig-Westpreußen sind jetzt eine große Anzahl ausländischer Arbeitnehmer beschäftigt. Ob und in welcher Höhe diese Lohnsteuer und Bürgersteuer zu entrichten haben, ist vielfach zweifelhaft gewesen. Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsminister des Innern haben deshalb durch nachfolgende Verordnung vom 25. April 1941 diese Fragen in folgender Weise geregelt:

Lohnsteuer

§ 1

Ausländische Arbeitnehmer

Ausländische Arbeitnehmer im Sinn des Abschnitts I dieser Verordnung sind beschränkt lohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer (§ 40 Absätze 1 und 2 der Lohnsteuer-Durchführungsbestimmungen 1939), die im Inland persönlich tätig werden.

§ 2

Steuergruppe

(1) Die Lohnsteuer (einschließlich des Kriegszuschlags zur Lohnsteuer) bemißt sich bei ausländischen Arbeitnehmern (§ 1) nach der Steuergruppe und nach den Kinderermäßigungen, die nach Kenntnis des Arbeitgebers für den Arbeitnehmer maßgebend sind (§§ 7, 8, 18, 34 und 35 der Lohnsteuer-Durchführungsbestimmungen 1939).

(2) Der Arbeitnehmer ist berechtigt, die Verhältnisse, die für die Anwendung der Steuergruppe und für die Gewährung der Kinderermäßigung maßgebend sind, dem Arbeitgeber durch eine amtliche Bescheinigung nachzuweisen.

(3) Die Vorschriften über die Freigrenzen beim Kriegszuschlag zur Lohnsteuer (§ 2 Absatz 2 der Kriegswirtschaftsverordnung und § 1 der Ersten Durchführungsbestimmungen über den Kriegszuschlag zur Einkommensteuer) sind anzuwenden.

§ 3

Werbungskosten, Sonderausgaben

Macht ein ausländischer Arbeitnehmer (§ 1) glaubhaft, daß seine Werbungskosten, die beim Arbeitslohn erwachsen, und die Sonderausgaben zusammen 39 Reichsmark monatlich übersteigen (§ 20 der Lohnsteuer-Durchführungsbestimmungen 1939), so ist der übersteigende Betrag für die Lohnsteuerberechnung von dem Arbeitslohn abzuziehen. Voraussetzung ist, daß das für den Arbeitgeber zuständige Finanzamt eine Bescheinigung ausstellt, die den Vorschriften des § 27 der Lohnsteuer-Durchführungsbestimmungen 1939 entspricht. Der Arbeitnehmer muß diese Bescheinigung dem Arbeitgeber vorlegen.

§ 4

Außergewöhnliche Belastungen

Erwachsen einem ausländischen Arbeitnehmer (§ 1) zwangsläufig außergewöhnliche Belastungen, die seine steuerliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, so ist § 25 der Lohnsteuer-Durchführungsbestimmungen 1939 anzuwenden. Die Eintragung eines steuerfreien Betrags auf der Lohnsteuerkarte wird durch die Ausstellung einer Bescheinigung durch das Finanzamt ersetzt, die den Vorschriften des § 27 der Lohnsteuer-Durchführungsbestimmungen 1939 entspricht.

Bürgersteuer

§ 5

Ausländische Arbeitnehmer

Ausländische Arbeitnehmer im Sinn des Abschnitts II dieser Verordnung sind natürliche Personen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind und die im Inland persönlich eine nichtselbständige Arbeit ausüben.

§ 6

Steuerpflicht

(1) Ausländische Arbeitnehmer (§ 5), die das 18. Lebensjahr vollendet haben, unterliegen mit ihrem Arbeitslohn der

Bürgersteuer nach den Vorschriften dieser Verordnung, sobald sie im Inland persönlich eine nichtselbständige Arbeit ausüben.

(2) Die Vorschriften des Bürgersteuergesetzes sind, soweit in den §§ 9 und 11 nichts anderes bestimmt ist, bei der Heranziehung ausländischer Arbeitnehmer nicht anzuwenden.

(3) Arbeitnehmer aus dem Protektorat Böhmen und Mähren und aus dem Generalgouvernement sind wie ausländische Arbeitnehmer im Sinn des § 5 zu behandeln.

(4) Die Vorschriften des Abschnitts II dieser Verordnung gelten nicht für diejenigen ausländischen Arbeitnehmer, die sich im Inland ununterbrochen länger als drei Jahre aufhalten. Für diese Arbeitnehmer gelten die Vorschriften des Bürgersteuergesetzes.

§ 7

Steuerberechtigung

Steuerberechtigt und hebeberechtigt ist die Gemeinde, in der der ausländische Arbeitnehmer in einem Betrieb oder einer Betriebsstätte persönlich eine nichtselbständige Arbeit ausübt.

§ 8

Höhe der Bürgersteuer

(1) Die Bürgersteuer beträgt eins vom Hundert des Arbeitslohns. Teile des Arbeitslohns, die nicht in Geld bestehen (Wohnung, Kost, Waren und andere Sachbezüge), sind mit den üblichen Mittelpreisen des Verbrauchsorts anzusetzen.

(2) Der Arbeitslohn ist vor der Berechnung der Bürgersteuer um je 75 Reichsmark monatlich, 18 Reichsmark wöchentlich, 3 Reichsmark täglich oder 1,50 Reichsmark halbtäglich für das zweite und jedes folgende Kind, für das der ausländische Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer Kinderermäßigung erhält (§ 2 Absatz 1), zu kürzen.

§ 9

Erhebung

Der Arbeitgeber hat vorbehaltlich der Vorschrift im § 10 bei jeder Lohnzahlung die Bürgersteuer vom Arbeitslohn einzubehalten. Die einbehaltenen Beträge sind an die Gemeinde, in der sich der Betrieb oder die Betriebsstätte befindet, abzuführen. Die Vorschriften im § 25 Absatz 1 Sätze 2 bis 4, Absätze 2 und 3 und Absatz 4 Sätze 2 und 3 des Bürgersteuergesetzes sind sinngemäß anzuwenden.

§ 10

Nichterhebung

Der Arbeitgeber hat keine Bürgersteuer einzubehalten, wenn der Arbeitslohn 39 Reichsmark monatlich, 9 Reichsmark wöchentlich, 1,50 Reichsmark täglich oder 0,75 Reichsmark halbtäglich nicht übersteigt. Diese Freigrenzen erhöhen sich um je 21 Reichsmark monatlich, 5 Reichsmark wöchentlich, 0,80 Reichsmark täglich oder 0,40 Reichsmark halbtäglich für die Ehefrau und für jedes Kind, für das der ausländische Arbeitnehmer bei der Lohnsteuer Kinderermäßigung erhält (§ 2 Absatz 1).

§ 11

Haftung, Verjährung, Strafrecht und Strafverfahren

Es gelten für die Haftung, die Verjährung, das Strafrecht und das Strafverfahren die §§ 27, 28 und 30 des Bürgersteuergesetzes.

§ 12

Erstmalige Anwendung

Die Vorschriften dieser Verordnung gelten erstmalig für den Arbeitslohn, der für einen Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, der nach dem 31. Mai 1941 endet.

Umsatzsteuer im Verhältnis zu den besetzten niederländischen Gebieten

RdF-Erlass vom 29. April 1941 (S 4015—6000 III)

Die Umsatzausgleichsteuer wird bei der Einfuhr von Waren, die ihren Ursprung in den besetzten niederländischen Gebieten haben, ab dem 1. Mai 1941 nicht mehr erhoben. Auch die niederländische Umsatzausgleichsteuer wird bei der Einfuhr von Waren deutschen Ursprungs in die besetzten niederländischen Gebiete wegfallen. Die besetzten niederländischen Gebiete gehören zwar auch ab dem 1. Mai 1941 nicht zum Inland im Sinn des § 1 UStDB, die Aufrechterhaltung der Ausfuhrbegünstigungen im Verhältnis zu ihnen ist aber nicht mehr berechtigt.

Ich bitte deshalb, nach dem 30. April 1941 im Verhältnis zu den besetzten niederländischen Gebieten die Steuerfreiheit

der Einfuhranschlußlieferungen (§§ 19 und 20 UStDB), die Steuerfreiheit der Ausfuhrlieferungen (§ 22 UStDB), die Steuerfreiheit des Lohnveredelungsverkehrs für ausländische Rechnung (§ 26 UStDB) und die Ausfuhrhändler- und Ausfuhrvergütungen (§§ 66 und 73 UStDB) nicht mehr zu gewähren. Daraus folgt:

1. Die Lieferungen aus dem übrigen Reichsgebiet nach den besetzten niederländischen Gebieten unter Versendung durch Beförderungsunternehmer sind ab 1. Mai 1941 nicht mehr als Ausfuhrlieferungen steuerfrei und nicht mehr vergütungsfähig. Lieferungen, die vor dem 1. Mai 1941 ausgeführt worden sind, sind jedoch bei Vorliegen

der sonstigen Voraussetzungen als steuerfreie und vergütungsfähige Ausfuhrlieferungen anzusehen, gleichgültig, ob der Unternehmer seine Umsätze nach vereinnahmten Entgelten (Ist) oder nach bewirkten Leistungen (Soll) versteuert.

2. Das Verbringen von Gegenständen nach den besetzten niederländischen Gebieten zwecks gewerblicher Verwendung im eigenen Unternehmen ist ab 1. Mai 1941 nicht mehr vergütungsfähig.
3. Steuerfreiheit für Einfuhranschlußlieferungen ist für Ge-

genstände der Freiliste 2, die aus den besetzten niederländischen Gebieten eingeführt wurden, beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen nur noch dann zu gewähren, wenn die Gegenstände vor dem 1. Mai 1941 eingeführt worden sind.

Die Ausfuhr von Bier, Tabakwaren und Schaumwein in die besetzten niederländischen Gebiete bleibt auch bis auf weiteres vom Kriegszuschlag befreit.

Ich bitte, auch im Elsaß, in Lothringen und in Luxemburg entsprechend zu verfahren.

Steuerkalender des Reichsgaues Danzig-Westpreußen — August 1941

Für Danzig und die ehemals ostpreußischen Gebiete

Für die eingegliederten Ostgebiete

- 11.: Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer einschl. Kriegszuschlag und Sozialausgleichsabgabe und der Wehrsteuer für Juli 1941.
Abführung der im Monat Juli vom Arbeitslohn einbehaltenen Bürgersteuer.
Zahlung der Vermögensteuer für II. Rvj. 1941.
Umsatzsteuer-Vorauszahlung der Monatszahler für Juli 1941.
Abschlagszahlung für Juli 1941 auf Versicherungs- und Feuerschutzsteuer nach dem Prämiensollbetrag.
Anmeldung und Zahlung der Beförderungsteuer für Personen- und Gepäckverkehr mit Kraftfahrzeugen für Juli 1941.

- 15.: Tilgungsrate der Ehestandsdarlehen.
Anmeldung und Zahlung der Börsenumsatzsteuer im Abrechnungsverfahren für Juli 1941.

- 20.: Anmeldung und Zahlung des Kriegszuschlags zum Kleinhandelspreis für Bier, Tabakwaren und Schaumwein durch die Hersteller für die Lieferungen im Juli 1941.
Anmeldung und Zahlung der Beförderungsteuer für Möbel- und Werkfernverkehr mit Kraftfahrzeugen für Juli 1941.

1. September: Anmeldung und Entrichtung der Versicherungs- und Feuerschutzsteuer nach dem Prämiensollbetrag für Juli 1941.

- 11.: Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer einschl. Sozialausgleichsabgabe für Juli 1941.
Abführung der im Monat Juli vom Arbeitslohn einbehaltenen Bürgersteuer.
Umsatzsteuer-Vorauszahlung der Monatszahler für Juli 1941.
Abschlagszahlung für Juli 1941 auf Versicherungs- und Feuerschutzsteuer nach dem Prämiensollbetrag.
Anmeldung und Zahlung der Beförderungsteuer für Personen- und Gepäckverkehr mit Kraftfahrzeugen für Juli 1941.

- 15.: Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital.
Anmeldung und Abführung der Gewerbelohnsummensteuer für Juli 1941.
Zahlung je eines Vierteljahresbetrages der Grundstückssteuer und der Grundsteuer 1941.
Anmeldung und Zahlung der Börsenumsatzsteuer im Abrechnungsverfahren für Juli 1941.
Tilgungsrate der Ehestandsdarlehen.

- 20.: Anmeldung und Zahlung der Beförderungsteuer für Möbel- und Werkfernverkehr mit Kraftfahrzeugen für Juli 1941.
Anmeldung und Zahlung des Kriegszuschlags zum Kleinhandelspreis für Bier, Tabakwaren und Schaumwein durch die Hersteller für die Lieferungen im Juli 1941.

1. September: Anmeldung und Entrichtung der Versicherungs- und Feuerschutzsteuer nach dem Prämiensollbetrag für Juli 1941.

Gemeindesteuern in Danzig

- 10.: Bürgersteuer der Veranlagten. Zahlung für das laufende Vierteljahr.
Getränkesteuer. Zahlung der Steuer für den zurückliegenden Monat und Abgabe der Aufzeichnungen an das Stadtsteueramt.
- 11.: Getränkesteuer. Vorauszahlung der Steuer in Höhe der Steuersumme für das vergangene Monatsdrittel.
- 15.: Bürgersteuer. Abführung und Anmeldung der im Vormonat durch den Arbeitgeber einbehaltenen Steuer. Die Abführung kann zurückgestellt werden, bis der der Gemeinde insgesamt zustehende Betrag 30,— RM erreicht

hat, längstens jedoch bis zum 15. des ersten Monats des Kalenderhalbjahres, das auf die Einbehaltung folgt. Grundstücksabgabensoll. Zahlung für das laufende Vierteljahr. Im Soll sind enthalten und bis auf weiteres als Vorauszahlung zu entrichten: die bisherige Grundvermögensteuer, Straßenreinigungsbeitrag, Kanalgebühr, Müllabfuhrgebühr, Wohnungsbauabgabe.

Gewerbesteuer. Zahlung für das laufende Vierteljahr.

- 21.: Getränkesteuer. } Vorauszahlung der Steuer in Höhe der Steuersumme für das vergangene Monatsdrittel.
- 31.: Getränkesteuer. }

Für die Schriftleitung der Beilage „Wirtschaft und Steuer“ zuständig: Regierungsdirektor Dr. Zierold-Pritsch, Danzig.

Hauptschriftleiter: Edgar Sommer, Danzig. — Berliner Schriftleitung: Dr. Günther Oeltze von Lobenthal, Berlin W 62, Lützow-Ufer 20. Tel. 255 475. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Leo Meister, Danzig. — Verlag: „Der Danziger Vorposten“ G. m. b. H., Danzig. — Die „Danziger Wirtschafts-Zeitung“ erscheint halbmonatlich. Einzelpreis RM —,50. Bezugspreis durch die Post: RM —,90 je Monat (ausschl. Zustellgebühr), im Ausland RM 8,— je Vierteljahr. Bestellungen bei jeder Postanstalt und beim Verlag. — z. Zt. ist Anzeigenpreisliste Nr. 3 gültig. — Druck: A. Schroth, Danzig.

Petersen & Helbig Kommanditgesellschaft

DANZIG

Am Sande 2

Fernruf 27304 und 37305

Eigene
Montagewerkstätten

Fahrräder

Großhandel

Fahrradteile
Motorfahrräder
Nähmaschinen
Pneumatiks



Anzeigenannahmestellen

für die **Danziger Wirtschaftszeitung**
und ihre Beilage **„Die Fachgruppe“**

Danzig: Verlag „Der Danziger Vorposten“
Elisabethkirchengasse 11/12, Hundegasse 117 Ecke Postgasse

Kohlen Koks Briketts

für Handel, Industrie, Schiffahrt und Landwirtschaft

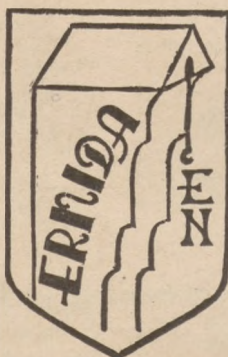


Bruno Stillert

DANZIG, Theaterplatz 13, Telefon 23356

Zentrallager Broschkischer Weg, Telefon 23357

„ERNIDA“-



Lederbekleidung

Wettermäntel

Erich Nissel

Danziger Lederbekleidungs-Fabrikation

Danzig, Heilige-Geist-Gasse 36 • Telefon 28267

Möbelfabrik **H. Scheffler** Innenausbau

Am Holzraum 3 - 4 Stadtgraben 6

Bernstein
der Schmuck für
Generationen



STAATLICHE
BERNSTEIN-MANUFAKTUR
DANZIG

Eigene Verkaufsstelle:
Götenhafen, Hermann-Göring-Straße 5

**DK
W**

Verpackung

**Faltschachteln
Packungen**

für jeden Markenartikel- und Industriebedarf

Wellpapp-Verpackungen

für jede Sonderanfertigung

Wellpappe in Rollen

aus eigener Fabrikation

Danziger Kartonagen- und Wellpappen-Fabrik G. m. b. H.

Ruf 42403

Danzig-Langfuhr, Adolf-Hitler-Straße 209

Ruf 42403

*Talg, Leinöl, Hartseife
Fettsäuren
tierische und pflanzliche Fette*

Willy Koglin
Loppot-Danzig

51382

BRANDT
WIKOG
DANZIG

Spezialitäten:

Daol-Emaile für Innen und Außen

Daolit-Emaile für Innen

Pedolit-Fußbodenlackfarbe
in 10 verschiedenen Farben

Danziger

Bernsteinfußbodenlack
vorzüglich Hochglanz, Haltbarkeit
und Ausgiebigkeit

DAOL

Gesellschaft für Lack- und Farbenfabrikation m. b. H.

DANZIG - OLIVA

Colbägersstr. 104 Tel. 452 24 u. 452 23 Tel.-Adr.: Daol-Oliva

Für Industrie, Handel und Gewerbe:

Öl-Lacke / Spiritus-Lacke
Nitrocellulose und Kunstharz-Lacke
Auto- und Kutschenlacke
Flugzeuglacke
Schiffsfarben und Lacke
Rostschutzfarben für Eisen-
konstruktionen, Schiffe, Tanks usw

Teerindustrie-Aktiengesellschaft, Danzig

Chemische Fabrik / Im- und Export / Tanklager

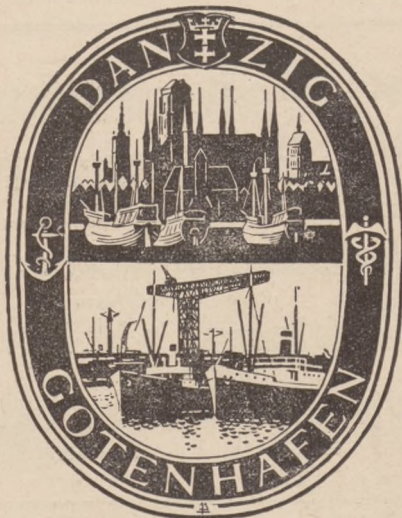
Erdöl- und Teererzeugnisse
Isolier- und Dachpappen



Spedition und Lagerei für
Erdöl- und Teerprodukte

DANZIG

GOTENHAFEN



Der deutsche Großhafen
von weltbekannter Leistungsfähigkeit

ERNST SIEG

(vorm. Sieg & Co. G. m. b. H.)

DANZIG, Langer Markt 20
und
GOTENHAFEN, Dänischer Kai

Kohlen - Groß- und Einzelhandel
Schlepp-, Bergungs- und Leichterreederei
Kohlenspedition - Bunkerkohlen - Frischwasser

Vertreter erzielen Nebenverdienst

wenn sie bei ihren Besuchen in Stadt und Land
Drogerien u. Lebensmittelgeschäfte
veranlassen, einen gutgehenden, lebens-
wichtigen Saisonartikel aufzunehmen.

Ausführliche Angebote mit Angabe des be-
reisten Bezirkes erbeten an Werbedienst Rudl,
Posen, Wilhelmstraße 11, unter Nr. „6543“.

Pflicht-Kontenplan für den Großhandel

Velax
DURCHSCHREIBE-
BUCHHALTUNG
MIT DER
UNÜBERTROFFENEN
SICHTORDNUNG

Herbert Schnelle

Fabrik neuzeitlicher Organisationsmittel

Danzig · Pfefferstadt Nr. 53

Fernruf-Sammel-Nr. 278 41

Generalvertretungen in Westpreußen:

Bromberg: Fa. A. Dittmann Nachf.,
Inh. Kurt Schmidt, Herm.-Göringstr. 31

Graudenz: Arnold Kriedte, Pohlmannstraße 10

Marienburg: B. Bersuch, Gr. Geistlichkeit 12

Thorn: B. Westphal, Breite Straße 10-12

Gotenhafen: F. B. Kersten, Adolf-Hitler-Straße 105

Mein Bankgeschäft im ehemaligen Freistaat Danzig, welches ich während der Abtrennung, unter der Firma E. Heimann & Co. betrieben habe, habe ich mit Genehmigung der amtlichen Stellen auf mein Stammhaus unter der Firmenbezeichnung

E. Heimann Zweigniederlassung Danzig

Danzig, Langer Markt 7-8, Fernruf 23941

überführt.

Breslau, Juli 1941

E. Heimann Bankhaus

JUNKER & RUH



GROSSKÜCHEN

JUNKER & RUH KOM.-GES. GRAUDENZ

2

B

Zamek

nach wie vor in guter Qualität

Brühwürfel

Flüssige Würze

Marmeladen

Max Zamek Nahrungsmittelfabrik Dirschau/Wpr.

A. Schroth
BUCHDRUCKEREI BUCHBINDEREI

*Geschäfts- und Werbedrucke
für Handel und Industrie*

DANZIG Heilige-Geist-Gasse 83 Ruf 28420

KAFEMANN-Drucke



KAFEMANN-Klischees

A.W. KAFEMANN, Graphischer Großbetrieb
Danzig, Ketterhagergasse 3-5, Fernruf 27551

In *Danzig und Umgebung*

erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Behörden in dem dafür bestimmten Organ, dem „Danziger Vorposten“. Jeder Geschäftsmann, jeder selbständige Handwerker sowie schließlich jeder Volksgenosse kann an diesen Ankündigungen nicht achtlos vorübergehen, sofern er sich vor wirtschaftlichen Nachteilen schützen will. Wenn er den

Danziger Vorposten

liest, so sollte er wirklich jeden Tag diesen Teil genau durchsehen, denn es kann ihm nur Vorteile bringen. Wichtige Termine und viele andere Veröffentlichungen, die die Behörden darin bekanntgeben, ziehen Strafen nach sich, wenn sie versäumt oder nicht beachtet werden. Wer sich vor Strafe schützen will, liest den „DV“, die behördlicherseits bestimmte Zeitung zur Veröffentlichung der

*Amtlichen
Bekanntmachungen*

Das
Pelikan

Schreibband

ist ein

Sparband.

denn es ist

»farbverdichtet«.

Es hat eine lange
Lebensdauer und ist
preiswert im Gebrauch



Zu beziehen durch
die Fachgeschäfte

GÜNTHER WAGNER · DANZIG